

metallzeitung



Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 68 | Juni 2016 | D 4713

Tarifrunde Metall und Elektro

Jetzt gibt's
MEHR Geld



Politik Wie soll sich die IG Metall gegenüber der AfD verhalten?

→ Seite 10

Europameisterschaft Wer darf während der Arbeitszeit Fußball gucken?

→ Seite 22

Bezirk

→ Seite 28

›INHALT

- 4 **125 Jahre IG Metall** In Crimmitschau kämpften 1903 Textilarbeiterinnen 22 Wochen lang für den Zehnstudententag.
- 7 **Tarifbindung** Die Warnstreiks haben sich gelohnt: Der Spanplattenhersteller Glunz ist zurück im Flächentarifvertrag.
- 8 **Inklusion** Dominik Kandlbinder sitzt im Rollstuhl und arbeitet im operativen Einkauf. Dabei half die IG Metall.
- 9 **Arbeitsmarkt** Die schwarz-rote Koalition ist sich endlich einig. Das Gesetz zu Leiharbeit und Werkverträgen kommt.
- 10 **Politik** Ein Interview mit Tanja Smolenski, Leiterin des Bereichs Grundsatzfragen der IG Metall, über die AfD.
- 11 **Digitalisierung** Wie sieht sie aus, die schöne neue Bürowelt, und wie gestalten Betriebsräte sie?

Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie

Titelfoto: Stephen Petrat

TITEL 12 Ein Ergebnis, das für beide Seiten tragbar ist, nannte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, den Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie. Doch dafür mussten erst mehr als 760 000 Metallerinnen und Metaller auf die Straße gehen.

- 18 **Porträt** Elke Merkel lässt sich den Mund nicht verbieten – und das ist auch gut so.
- 19 **Interview** Die IG Metall hat in Frankfurt ein Beratungsbüro für Geflüchtete eröffnet. Pouya aus Afghanistan hilft dort ehrenamtlich.
- 21 **Europa** Warum Betriebsräte Europa gut finden und warum ein Austritt der Briten aus der Europäischen Union schlecht ist.
- 22 **Recht so** Welche Fernsehrechte haben Beschäftigte im Betrieb während der Fußball-EM? Antworten gibt Tjark Menssen.
- 23 **Recht** Was Schüler und Studierende, die in den Ferien arbeiten, in die Sozialversicherung einzahlen müssen.
- 24 **Ratgeber** Vorsorge nach dem Arbeitsleben steht allen zu, die arbeitsbedingt mit Gefahrstoffen zu tun hatten.
- 25 **Steuern** Am 1. Juli steigen die Renten. Etliche Rentner müssen dann erstmals Steuern auf ihre Altersbezüge zahlen.
- 26 **Ausbildungsplatzsuche** Wer jetzt noch eine Ausbildungsstelle sucht, hat noch eine Chance, vor allem bei kleinen Betrieben.
- 27 **Ausbildung in Teilzeit** Sie ist eine Chance für junge Eltern: Wer Kinder hat, kann eine Ausbildung auch in Teilzeit absolvieren.
- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales/Karikatur**
- 31 **Rätsel/Impressum**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Mai 2016

Mitgliederbefragung

Die IG Metall wird in den nächsten Wochen eine Befragung zum Medienverhalten ihrer Mitglieder durchführen. Mitglieder werden dazu zufällig ausgewählt. Wir möchten Euch bitten, die Befragung durch das Marktforschungsinstitut Infratest zu unterstützen. **Eure Redaktion**



Foto: Andreas Gummerer

Inklusion Metaller Dominik Kandlbinder sitzt im Rollstuhl. Mitleid will er nicht, aber einen guten Job. → Seite 8



Foto: Igor Pastierovic

Porträt Elke Merkel hat als junge Frau unter Männern eine Erdgasröhre im Ural gebaut. Heute verhandelt sie Tarifverträge. → Seite 18

›LESERFOTOS

IG Metall: immer dabei Seid Ihr auch mit der IG Metall unterwegs? Dann sendet uns doch auch Euer Foto: metallzeitung@igmetall.de

New York Das IG Metall-Maskottchen von Wolfgang Bergendahl ist schon weit gereist. In diesem Jahr war es in den USA. Ein Bild vor dem Empire State Building durfte nicht fehlen.



Fotos: privat



Usedom Metalllerin Karin Boje hat auch im Urlaub auf der Insel Usedom die Fahne immer dabei.



Nordsee André Kisters aus Krefeld war am 1. Mai 2016 auf der Nordsee kurz hinter Texel.



Foto: Eisenhans/Fotolia

Europa Am 23. Juni stimmen die Bürger Großbritanniens ab, ob sie die EU verlassen. Die Folgen für Deutschland wären fatal. → Seite 21



Foto: auremar/Fotolia

Ausbildungsplatzsuche Chancen für eine Ausbildung 2016 gibt es noch bei weniger großen Betrieben und auf dem Land. → Seite 26

LESERBRIEFE

Grausamkeiten der AfD

metallzeitung 5/2016

»Auf breiter Front deregulieren«

Die AfD diskutiert in ihrem »Programm der Grausamkeiten« Dinge, deren Ausmaß sie anscheinend gar nicht kennt oder, was noch schlimmer wäre, bewusst herbeiführen will: eine »Sozialpolitik«, die nicht sozial ist und keine Chancengleichheit kennt.

Wie soll ein Jobcenter Erwerbslose vermitteln oder verwalten ohne Finanzierung aus der Arbeitslosenversicherung? Wie soll ein Staat seine Aufgaben wahrnehmen (wie Polizei, Justiz- und Finanzverwaltung) ohne Einnahmen aus einer Gewerbe- oder Erbschaftsteuer?

»Schluss mit Klimaschutz und persönlicher Freiheit? Erneuerbare Energien sind Klimaschutz und Exportmotor zugleich.

Die Wahrung des Bank- und Steuergeheimnisses bedeutet eine

weitere Kapital- und Steuerflucht in Steueroasen. Welche Lobbyisten stehen eigentlich hinter der AfD?

Joachim Süsselbeck, per E-Mail

Für anderes Rentenmodell

metallzeitung 5/2016

»Was bleibt am Arbeitsende?«

Inzwischen ist bekannt, dass kapitalgedeckte Rentenversicherungen (Privat- und Betriebsrenten) vor allem die Versicherungskonzerne reich machen, während die Versicherten ein hohes Alter erreichen müssen, um mehr zu bekommen als sie eingezahlt haben. Außerdem sind kapitalgedeckte Rentensysteme weit verlustanfälliger als umlagefinanzierte.

Wäre es für uns Beschäftigte nicht sinnvoller, für eine paritätisch finanzierte Erwerbstätigenversicherung mit ausreichender Rente als für mehr Betriebsrentenverträge einzutreten?

Eric Neuber, Radebeul

GEWONNEN

April-Rätsel

Lösungswort: »Tarifrunde«

1. Preis: Sandy Gimsa, Delitzsch
2. Preis: Tobias Trescher, Ellingen
3. Preis: Nalan Eksi, Riedstadt

EDITORIAL



Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit

Metall- und Elektroindustrie Der Tarifabschluss sorgt für mehr Geld für die Beschäftigten und verhindert eine Kehrtwende in der Lohnpolitik.

Dieser Tarifabschluss ist ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit. Die Arbeitgeber waren angetreten, eine Kehrtwende in der Lohnpolitik durchzusetzen. Es ist gut für die Metallerinnen und Metaller, und es ist gut für die deutsche Wirtschaft, dass sich hier nicht kurzfristiges Profitdenken durchgesetzt hat. Denn der Abschluss sorgt für mehr Kaufkraft und damit Nachfrage. Ab 1. Juli werden die Entgelte in einer ersten Stufe um 2,8 Prozent erhöht; die zweite Stufe folgt ab 1. April 2017 mit einer Erhöhung um 2 Prozent. Vorab gibt es im Juni einen Pauschalbetrag von 150 Euro; die Auszubildenden bekommen 65 Euro. Viele Kolleginnen und Kollegen haben mir schon signalisiert: Das Paket kann sich wirklich sehen lassen!

Sicherheit durch Tarifverträge Dieser Abschluss war kein Selbstläufer. Mehr als 760 000 Metallerinnen und Metaller haben die Verhandlungsposition ihrer Gewerkschaft eindrucksvoll unterstützt. Dafür danke ich allen Beteiligten recht herzlich.

Ein weiteres Ziel der IG Metall in dieser Tarifrunde war, mehr Beschäftigte in den Tarifvertrag zu holen. Zum ersten Mal bezog sie auch Betriebe in die Tarifrunde ein, die keinen Tarifvertrag haben. Auch das mit Erfolg: In 40 Betrieben schloss die IG Metall seit Anfang des Jahres einen Tarifvertrag ab. Für 10 000 Beschäftigte bedeutet dies: Endlich Sicherheit durch Tarifverträge! In gut 100 Betrieben laufen zurzeit Verhandlungen. Diesen Kurs setzen wir fort. Denn die Tarifbindung ist die wichtigste Grundlage für mehr Gerechtigkeit!



JAHRE IG METALL
GEMEINSAM
FÜR EIN GUTES LEBEN.



Auf 125 Jahre blickt die IG Metall in diesem Jahr zurück. 1891 gründeten Metallarbeiter den Deutschen Metallarbeiterverband. metallzeitung erinnert an Ereignisse aus diesen 125 Jahren. 1903 streikten Textilarbeiterinnen 22 Wochen für einen Zehnstundentag. Wir haben uns vorgestellt, wie eine von ihnen aus ihrem Leben erzählt.

Von Fabienne Melzer

Für eine Stunde **mehr zum Leben**, mehr für die Familie

»Wenn die Fabrikantenfrauen nur einmal spüren würden, wie einem abends beim Heimweg die Knie zittern, dann würden sie ihren Männern sagen, dass elf Stunden zu viel sind. Elf Stunden stehen wir an den Maschinen in Staub und Lärm. Viele Mädchen leiden monatelang an Lungen- oder Halskrankungen, bis sie sich an den Staub gewöhnt haben. Bei alledem dürfen wir nicht müde werden, denn überall lauert Gefahr. Am Scherzylinder muss man sich vor dem Schermesser in Acht nehmen, an den Walkmaschinen vor den Walzen. Wer nicht aufpasst, weil er müde ist, dem kann eine Hand oder ein Arm zwischen die Walzen geraten und zerquetscht werden.

Für die Frauen unter uns, die Kinder haben, beginnt nach der Arbeit an den Maschinen die zweite Schicht. Nach elf Stunden Arbeit, Pausen und Nachhauseweg bleibt kaum noch Zeit für Hausarbeit und Schlaf, geschweige denn für die Kinder. Wir leben für den Sonntag, wenn uns ein paar freie Stunden bleiben. Wir wollen eine Stunde mehr für uns. Eine Stunde für unsere Familie. Eine Stunde fürs Leben.«

Für den Zehnstundentag So hätte die Textilarbeiterin in der Mitte der hinteren Reihe vielleicht von ihrer Arbeit in einer Textilfabrik im sächsischen Crimmitschau erzählen können. Aber sicher hätten alle anderen ähnliche Geschichten erzählt. Seit 1899 hatte der Crimmitschauer Textilarbeiterverband die Arbeitgeber immer wieder aufgefordert den Zehnstundentag einzuführen. Im Som-

mer 1903 beschloss die Gewerkschaft, die Forderung nach einem Zehnstundentag und einer Erhöhung der Akkordlöhne mit einem Streik durchzusetzen. Auf die Kündigung von fünf Belegschaften antworteten die Arbeitgeber mit einer Generalaussperkung. Sie kündigten allen Beschäftigten, unter anderem mit der Begründung, dass auch in anderen textilindustriellen Städten elf Stunden pro Tag gearbeitet werde.

Nachdem auch ein Schlichtungsversuch vor dem Gewerbegericht scheiterte, stimmten die Crimmitschauer Arbeiterinnen und Arbeiter für einen Streik und stellten am 22. August die Arbeit ein.

Die Unternehmer warben Arbeitskräfte aus anderen Regionen an. Sie rechneten damit, dass den Gewerkschaften bald das Geld ausgehen würde. Doch die harte Haltung der Arbeitgeber und der Behörden, die die Versammlungsfreiheit der Streikenden einschränkten, sorgten im ganzen Land für Empörung und dafür, dass alle Gewerkschaften für die Streikenden Geldspenden sammelten. Besonders groß war die Hilfsbereitschaft Weihnachten 1903. Aus dem ganzen Land kamen Möbelwagen und Güterwagens mit Spielzeug, Lebensmitteln und Kleidung.

Der längste Streik in der Geschichte vor dem Ersten Weltkrieg endete mit einer Niederlage. Mitte Januar 1904 gaben die Streikenden auf. Doch der Zusammenhalt hatte ihr Vertrauen in den Textilarbeiterverband gestärkt. In Crimmitschau hatte sich die Zahl der Mitglieder in gut einem Jahr fast verdoppelt.

In Rock und Kragen ließen sich die letzten Kämpfer für den Zehnstundentag 1903/1904 in Crimmitschau fotografieren.





Foto: Historische Sammlung Cimmischau



Förderung für E-Autos

IG Metall und Betriebsräte begrüßen das Programm des Bundes und der Industrie.

Elektromobilität Der Knoten ist geplatzt: Bundesregierung und Automobilindustrie haben sich auf ein Förderprogramm für Elektroautos geeinigt. Für reine E-Autos erhalten Käufer einen Zuschuss von 4000 Euro, für Hybridfahrzeuge 3000 Euro. Voraussetzung ist, dass das Basismodell nicht mehr als 60 000 Euro netto kostet. Zusätzlich soll der Ausbau des Ladestationnetzes mit 300 Millionen Euro unterstützt werden. Die Kosten teilen sich Bundesregierung und Industrie je zur Hälfte. Die IG Metall wertet die Maßnahmen als richtige Entscheidung zur Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Dieser Schritt war dringend notwendig, urteilt die IG Metall über die Förderung. Auch die Betriebsratsvorsitzenden von BMW, Daimler und VW äußerten sich zustimmend zum Förderpaket: Der Markt für Elektrofahrzeuge müsse erst einmal angeschoben werden, wenn er sich gut entwickeln solle.

► igmetall.de → Suche: Elektroauto

Die Details zum Förderpaket: ► bmwi.de → Themen → Industrie → Elektromobilität → Rahmenbedingungen und Anreize

Streik bei Klenk Die 315 Beschäftigten im Sägewerk von Klenk in Baruth (Brandenburg) streiken. Sie fordern einen Tarifvertrag mit fairen Entgelten, kürzeren Arbeitszeiten und mehr Urlaub. Derzeit verdienen sie 20 Prozent weniger als Beschäftigte in Betrieben mit Holztarif. Sie arbeiten zudem anderthalb Stunden länger in der Woche und erhalten kein Weihnachtsgeld. Auch nach zwei Warnstreiks wollte die Geschäftsführung nicht weiter verhandeln. Bei der Urabstimmung stimmten 89 Prozent der IG Metall-Mitglieder bei Klenk für den Streik. Aktuelle Infos: ► holz-tarifunde.de

Fußball-WM 2022 in Katar

Seit Jahren kritisieren Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse von Gastarbeitern auf den Baustellen für die Fußball-WM 2022 in Katar. Trotz Beteuerungen von Katars Regierung, für Verbesserungen zu sorgen, hat sich bisher praktisch nichts getan. Der Internationale Gewerkschaftsbund rechnet damit, dass bis zur WM 2022 Tausende Arbeiter auf den Baustellen ums Leben kommen werden. Bis 2022 würden rund 1,8 Millionen »moderne Sklaven« auf den Baustellen eingesetzt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, hat jetzt Ermittlungen angedroht. Wenn sich in Katar nichts ändere, müsse »die ILO die angedrohte Ermittlungskommission und Sanktionen umsetzen«, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.



Auf den Baustellen für die Fußball-WM in Katar herrschen sklavenähnliche Bedingungen für die Arbeiter.

1,038

Zu wenig zum Leben

1,038 Millionen Menschen bekamen laut Deutscher Rentenversicherung 2015 Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, weil sie von ihren Einkommen nicht leben konnten, 3,5 Prozent mehr als 2014. Betroffene im Rentenalter waren zu fast 60 Prozent Frauen.

8,83

Privat nicht gefragt

Nur noch 8,83 Prozent aller Bundesbürger sind laut Verband der Privaten Krankenversicherung privat versichert. 2011 waren es nach Zahlen des Statistischen Bundesamts noch 13 Prozent.

13

Nicht immer freiwillig

47 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiteten 2014 laut Statistischem Bundesamt in Teilzeit. 13 Prozent nannten als Grund, dass sie keine Vollzeitstelle finden konnten.



Foto: Glunz AG

Glunz bleibt im Tarif

Einigung kurz vor Streikbeginn. Mehr Lohn statt Kürzung.

Der Kampf beim Spanplattenbauer Glunz gegen Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung hat sich gelohnt: Einen Tag vor Beginn des Streiks am Standort Nettgau (Sachsen-Anhalt) lenkte die Geschäftsleitung ein. Glunz bleibt nun doch im Holztarif. Die Löhne steigen um 2 Prozent und um weitere 1,7 Prozent ab Juli 2017. Das gilt auch für das Glunz-Werk in Meppen (Niedersachsen). Glunz war zu Beginn des Jahres aus dem Tarif geflüchtet, um massiv beim Personal zu kürzen. Dadurch hätte jeder Beschäftigte im Schnitt 3000 bis 4000 Euro im Jahr verloren, in Meppen sogar bis zu 14000. Trotz Warnstreiks lehnte die Geschäftsleitung alle Verhandlungsangebote der IG Metall ab. 98 Prozent der IG Metall-Mitglieder bei Glunz in Nettgau stimmten für Streik. Auch an den Glunz-Standorten in Beeskow (Brandenburg) und Meppen liefen bereits Vorbereitungen für Streiks. In Beeskow gab es bei Redaktionsschluss noch kein Ergebnis.

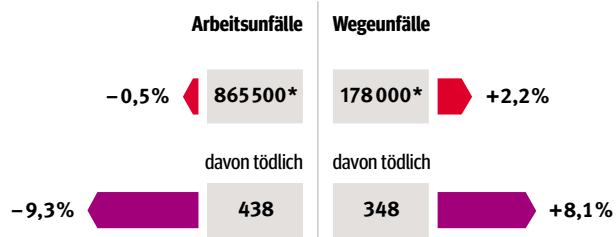
Aktuelle Infos: holz-tarifunde.de

Kurz vor Streik eingelenkt: doch keine Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung beim Spanplattenbauer Glunz

Mehr tödliche Unfälle: Aufpassen auf dem Arbeitsweg! Gut 178 000 Menschen verunglückten 2015 auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeit sowie auf Dienstreisen, 2,2 Prozent mehr als im Jahr davor. 348 Pendler starben dabei. 2014 hatte es 26 Tote weniger gegeben. Das ergibt sich aus der vorläufigen Jahresstatistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung. In den Zahlen spiegelt sich wider, dass immer mehr Berufstätige pendeln. Jeder und jede Zwanzigste benötigt inzwischen mehr als eine

Stunde für eine Wegstrecke. Die meldepflichtigen Arbeitsunfälle gehen dagegen dank der Fortschritte im Arbeits- und Gesundheitsschutz und Veränderungen in der Arbeitswelt Jahr für Jahr zurück. Vor 50 Jahren wurden noch 2,5 Millionen betriebliche Unfälle in einem Jahr registriert, 2015 nur noch 865 500. Auf 100 Vollzeitbeschäftigte kamen 1965 10 Unfälle, heute sind es weniger als 2,4.

Zu- oder Abnahme der Wege- und Arbeitsunfälle in Deutschland 2015 im Vergleich zu 2014



*gerundet | Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung 2016 (vorläufige Zahlen)

Stahl bleibt Thema

Die Kampagne der Stahlbeschäftigten für eine sichere Zukunft ihrer Branche zeigt erste Erfolge. Bundesrat und Bundestag haben Beschlüsse gefasst, mit denen sie die Forderungen der IG Metall und der Stahlwerker unterstützen. Auch im Europäischen Parlament werden sie diskutiert. Die Stahlwerker bleiben am Ball. Sie laden Politiker in Betriebe ein, informieren in Fußgängerzonen und Vereinen. Außerdem sammelten sie Unterschriften, die im Herbst der EU-Kommission überreicht werden sollen. Hier gibt es mehr aktuelle Infos:

igmetall.de/stahl-ist-zukunft

Ausbildung fit machen für Industrie 4.0 IG Metall und Arbeitgeber nehmen die Metall- und Elektroberufe unter die Lupe, um sie fit zu machen für die digitalisierte Industrie 4.0. Dazu überprüfen sie bis Ende 2016, ob die Inhalte der Aus- und Fortbildungen zu den künftigen Anforderungen in den Betrieben passen, und machen Änderungsvorschläge. Dies verabredeten die IG Metall, der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, der Verband der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer sowie der Zentralverband der Elektroindustrie in einer Sozialpartnervereinbarung. Die Arbeit in der digitalen Industrie 4.0 wird sich laut Experten stark verändern. Ziel von IG Metall und Arbeitgebern ist, dass sich die deutsche Metall- und Elektroindustrie auf den Weltmärkten behauptet und die Beschäftigten auch in Zukunft Arbeit haben. »Erfahrung, Kompetenz und Professionalität der Fachkräfte bilden auch zukünftig die Basis für ihre erfolgreiche berufliche Entwicklung und die Sicherung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen«, heißt es in der Vereinbarung der Sozialpartner.



»Ich lasse mich nicht unterkriegen«

Inklusion I Dominik Kandlbinder sitzt im Rollstuhl. Das hindert ihn nicht daran, seine Ziele zu verfolgen. Bei Schneider Electric arbeitet der 21-Jährige im operativen Einkauf. Möglich wurde das durch das Engagement der Schwerbehindertenvertretung.



Foto: Andreas Gummerer

Dominik Kandlbinder auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz im Schneider Electric Sachsenwerk in Regensburg. Der 21-Jährige arbeitet im operativen Einkauf – und ist dort erfolgreich.

Hallo Dominik, Du hast bei Schneider Electric eine Ausbildung zum Industriekaufmann erfolgreich absolviert und arbeitest jetzt im operativen Einkauf. In diese Abteilung zu kommen, sagst Du, war immer Dein großer Wunsch.

Dominik Kandlbinder: Das stimmt. Ich bin glücklich, dass ich in diese Abteilung gekommen bin. Die Arbeit hier ist sehr vielseitig: Ich überwache Liefertermine, ich schließe Rahmenverträge mit Lieferanten ab. Das macht viel Spaß. Vor allem aber bin ich sehr froh, dass es mit meiner Ausbildung so reibungslos geklappt hat. Das war ja nicht selbstverständlich.

Du sitzt in einem Rollstuhl...

Kandlbinder: ... ja, mein Bewegungsapparat funktioniert leider nicht so, wie er sollte. Ich kann stehen und auch ein bisschen laufen, aber richtig gehen, das klappt eben nicht.

Ich bin seit meiner Kindheit auf einen Rollstuhl angewiesen. Das hat mir noch nie groß Probleme bereitet, nicht in der Schule, nicht im Alltag, nicht mit Freunden. Mir war aber schon als Teenager bewusst, dass es mit meiner Behinderung im Beruf schwierig werden könnte. Mir war klar: Körperlich arbeiten, das kann ich nicht, ich brauche einen Bürojob – und ich brauche Unterstützung.

Wurdest Du denn unterstützt?

Kandlbinder: Ich wurde und ich werde viel unterstützt, ja. Das fing schon im Vorstellungsgespräch an. Das habe ich mit der Personalabteilung geführt. So ist es ja auch üblich. Mit dabei war aber auch ein Kollege der Schwerbehindertenvertretung, der mich gefragt hat, was ich benötige, um hier anfangen zu können. Damals, im September 2011, hat mit mir übrigens ein gehörloser Kollege angefangen, Anton Zorin, der hat

eine Ausbildung zum Industriemechaniker absolviert. Auch er wurde kontinuierlich unterstützt. Auch er arbeitet heute im Betrieb.

Was hast Du gebraucht?

Kandlbinder: Es geht mir nicht um eine Bevorzugung. So etwas wollte ich auch gar nicht. Ich kenne übrigens keinen Menschen mit Behinderung, der so etwas möchte. Es geht einzig und allein darum, Hindernisse abzubauen, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen ich mich bewegen kann. Für mich als Rollstuhlfahrer ist es elementar, dass ich mich möglichst barrierefrei fortbewegen kann, dass es genügend Rampen und Lifte gibt und am besten keine Treppen. Ich will nicht auf Hilfe angewiesen sein müssen. Zum Ausbildungsstart wurde für mich ein elektrischer Türöffner eingebaut und ich habe einen Parkplatz nah am Eingang bekommen. Aufwendiger war es jetzt bei meinem Wechsel in die Einkaufsabteilung.

Inwiefern aufwendiger?

Kandlbinder: Die Abteilung liegt im ersten Stock in der Fertigungshalle. Dieser Bereich war bislang nur über eine Treppe zu erreichen. Es war klar, dass es einen Lift geben muss, damit ich hier arbeiten kann. Ich hatte am Anfang erst befürchtet, dass so eine bauliche Maßnahme zu viel ist und der Arbeitgeber mir sagen würde, ich solle in eine andere Abteilung wechseln. Zum Glück hat sich die Schwerbehindertenvertretung für mich eingesetzt und schließlich durchgesetzt, dass der Lift gebaut wird.

Wie ist das gelungen?

Kandlbinder: Vor allem durch die enge Zusammenarbeit der Schwerbehindertenvertretung mit dem Integrationsamt und der Agentur für Arbeit. Ich glaube, das gute Zusammenspiel war entscheidend. Die Kollegen bekamen grünes Licht von der Geschäftsführung und eine Förderung von der Agentur für Arbeit. So war es möglich, die Kosten für den Lift zu stemmen.

Jan.Chaberny@igmetall.de

Rückenwind für Menschen mit Behinderung

Inklusion II Die IG Metall ist offiziell als Behindertenverband anerkannt. Damit erhält sie zusätzliche Instrumente für den Kampf um Gleichstellung.

Auf den ersten Blick könnte es so aussehen, als sei dies nicht viel mehr als der Vollzug eines bürokratischen Akts – in Wahrheit aber ist es die Bestätigung eines langen und leidenschaftlichen Engagements: Die IG Metall ist jetzt auch offiziell als Behindertenverband anerkannt.

»Mit der Anerkennung haben wir zusätzliche Instrumente an die Hand bekommen, die wir im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen mit Behinderungen aktiv nutzen wollen«, sagt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Sie sei »eine Wertschätzung für unsere Arbeit, die wir im Interesse der Menschen mit Behinderung geleistet haben.« Die IG Metall vertritt die Interessen von fast 115 000 schwerbehinderten Beschäftigten in der Branche. »Die Anerkennung bedeutet Rückenwind für unsere Betriebsräte und Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben.« Gemeinsam mit Betroffenen und Schwerbehindertenvertretungen will die IG Metall nun die Initiative ergreifen und den Fokus ihrer behindertenpolitischen Aktivitäten auf das Thema »Barrierefreiheit« legen – nach dem Motto »Gute Arbeit barrierefrei gestalten.« »Wir werden zeigen, dass von einem barrierefreien Arbeitsplatz nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Unternehmen profitieren«, so Urban.

Barrierefreiheit als Ziel Mit der Anerkennung als Behindertenverband ist es der IG Metall jetzt möglich, auf Arbeitgeber zuzugehen und den Abschluss von Zielvereinbarungen zu verlangen. In diesen wird festgeschrieben, wann und wie bestimmte Inklusionsziele erreicht werden sollen, also etwa bei der Einrichtung behindertengerechter Arbeitsplätze. Als Verband hat die IG Metall zudem ein Verbandsklagerecht, also die Möglichkeit, vor Gericht Verstöße gegen behindertenschutzrechtliche Vorschriften feststellen zu lassen. Diese Klage soll jedoch immer nur letztes Mittel sein. Im Vordergrund steht weiterhin, nach betrieblichen Lösungen zu suchen.

»Schlüsselthema für die Teilhabe behinderter Menschen im Arbeitsleben ist Barrierefreiheit«, sagt Alfons Adam, Sprecher der Schwerbehindertenvertretungen in der Autoindustrie. »Wichtig ist, dass die Arbeitgeber die Schwerbehindertenvertretung bei Maßnahmen, die behinderte Menschen betreffen, von Anfang an beteiligen.«

Ausgangspunkt für die Anerkennung der IG Metall als Behindertenverband war der Gewerkschaftstag im Oktober vergangenen Jahres. Die Delegierten beschlossen, die Interessenvertretung für Schwerbehinderte als eigenständige Aufgabe in die Satzung der IG Metall aufzunehmen. Diese Satzungsänderung war Voraussetzung, um einen entsprechenden Antrag beim Arbeitsministerium stellen zu können.



Auf dem Weg in den Bundestag: das Gesetz zu Leiharbeit und Werkverträgen

Gesetz zu Leiharbeit und Werkverträgen kommt

Arbeitsmarkt Die schwarz-rote Koalition ist sich endlich einig. Das Gesetz gegen Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geht in den Bundestag.

Nach monatelangem Streit hat sich die Koalition von CDU/CSU und SPD auf einen Gesetzentwurf gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geeinigt. Der Entwurf soll nun in den Bundestag gehen.

Bei der Leiharbeit sieht der Gesetzentwurf vor, dass Leiharbeiter künftig nur noch höchstens 18 Monate an den gleichen Betrieb verliehen werden dürfen. Nach neun Monaten sollen sie den gleichen Lohn (Equal Pay) wie Stammbeschäftigte erhalten. Arbeitgeber und Gewerkschaften können in Tarifverträgen davon abweichen, doch auch dann ist die Verleihdauer auf maximal 24 Monate begrenzt. Nach der neuesten Fassung des Gesetzentwurfs sollen auch Unternehmen ohne Tarif solche Tarifverträge anwenden können.

Außerdem sieht der Gesetzentwurf vor, dass Leiharbeiter nicht als Streikbrecher eingesetzt werden dürfen.

Bei Werkverträgen sieht der Gesetzentwurf Informationsrechte für Betriebsräte vor. Außerdem verhindert er den Wechsel von Werkvertragsarbeit in Leiharbeit und umgekehrt. Zudem grenzt der Entwurf Arbeitnehmer und Soloselbstständige klarer voneinander ab.

Gesetzentwurf insgesamt positiv Der DGB und die IG Metall bewerten den Gesetzentwurf insgesamt positiv – und als längst überfällig.

Bei Leiharbeit sieht der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, die Tarifvertragsparteien gestärkt. »Die bisher erreichten tariflichen Regelungen können weitergeführt und auf Grundlage des Gesetzes noch verbessert werden.«

Die IG Metall will nun so schnell wie möglich mit den Arbeitgebern notwendige Anpassungen und weitere tarifliche Regelungen vereinbaren.

Bei Werkverträgen jedoch bleibt der Gesetzentwurf weit hinter den Erfordernissen zurück, um Missbrauch zu verhindern, kritisiert Hofmann. Die IG Metall wird weiter gemeinsam mit den Beschäftigten in den Werkvertragsunternehmen Betriebsräte gründen und Tarifverträge durchsetzen, um die oft skandalösen Arbeitsbedingungen zu verbessern.



Mehr Wissen

Das Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen haben CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag Ende 2013 verabredet. Seit Ende 2015 liegt ein Gesetzentwurf vor, der jedoch von der CSU blockiert wurde. Die Hintergründe und Nachrichten dazu gibt es hier:

► fokus-werkvertraege.de

In den Betrieben diskutieren und aufklären

Nach den Landtagswahlerfolgen der AfD hat die IG Metall deren Positionen analysiert. metallzeitung befragte dazu Tanja Smolenski.

Die AfD, die Alternative für Deutschland, hat erfolgreiche Landtagswahlen hinter sich und inzwischen ein Programm. Was ist von ihr zu halten?

Tanja Smolenski: Die Partei ist eine »rechts-populistische Protestpartei«, wie AfD-Vize Alexander Gauland selbst sagt. Sie grenzt sich nicht gegen Rechtsextreme ab und diskutiert über eine Zusammenarbeit mit dem rechten Front National in der Europäischen Union. Ich halte sie für gefährlich. Sie grenzt Menschen nichtdeutscher Herkunft aus der Gesellschaft aus. Statt auf faire Zusammenarbeit der Länder, vor allem Europas, setzt sie auf nationalen Egoismus. Damit schürt die AfD Konflikte – im eigenen Land und nach außen. Sie ist eine Antipartei: Sie ist gegen Flüchtlinge, gegen Zuwanderung, gegen das Recht auf Religionsfreiheit für Muslime, gegen den Euro, gegen die demokratischen Medien, gegen unsere Demokratie und ihre gewählten Repräsentanten.

Was erklärt ihren relativen Erfolg?

Smolenski: Die Flüchtlingsdebatte, die zunehmend plumper und grobschlächtiger geführt wurde. Die AfD hat sich vor allem auf dieses Thema fokussiert und greift die Ängste auf, für die die anderen Parteien keine überzeugenden Lösungen haben.

Hat die AfD denn Lösungen?

Smolenski: Ihre Lösung heißt möglichst viel Abgrenzung und möglichst viel Homo-



Foto: Christian v. Polentz

Tanja Smolenski leitet den Bereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall.

genität: Die Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft ist definitiv nicht ihr Ziel. Die AfD spricht lediglich Vorurteile laut aus und spitzt sie zu. Diese Bruchstücke verkauft sie als Lösungen. In sich stimmig sind ihre Aussagen nicht und vage sind sie auch nach dem Parteitag noch. Sie will weg vom »modernen« Deutschland, zurück in die frühen 1960er-Jahre. Zurück zur Hausfrau, die durch viel Nachwuchs dafür sorgt, dass das Volk deutsch bleibt. Sie ist gegen Themen, die Konsens in der Gesellschaft sind, wie Gleichberechtigung, Klimaschutz oder Verzicht auf Atomenergie. Sie bekämpft die moderne vielfältige Gesellschaft, in der jeder das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben hat. Mit realen Problemen wie Wohnungsnot, abgehängten Stadtteilen, maroden Stra-

ßen und Schulen, mangelnden Chancen für sozial Benachteiligte bei der Bildung, in der Arbeitswelt und drohender Altersarmut befasst sie sich nicht. Der Staat soll kein Sozialstaat, sondern »schlank« sein und sich auf Polizei, Finanzverwaltung und Außenpolitik konzentrieren. Die Arbeitswelt spielt im Programm der AfD keine Rolle: weder sichere, gesunde, gut bezahlte Arbeit und Chancen auf berufliche Entwicklung noch die Zukunft der Arbeit tauchen auf.

Wie soll sich die IG Metall gegenüber der AfD verhalten?

Smolenski: Sich sachlich und argumentativ mit ihr auseinandersetzen. Ihre Positionen stehen im Widerspruch zu den Grundwerten der IG Metall. Wir wollen keine Ausgrenzung, sondern eine offene, tolerante, demokratische, solidarische Gesellschaft, mit freien Entwicklungsmöglichkeiten für jeden. In den Betrieben arbeiten Menschen aus bis zu 180 Nationen, und sie arbeiten kollegial zusammen. Wir leben Vielfalt.

Aber auch in den Betrieben, für die die IG Metall zuständig ist, haben Beschäftigte die AfD gewählt.

Smolenski: Natürlich. Wir sind ein Spiegel der Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, dass wir Metallerinnen und Metaller mit den Kollegen über die AfD diskutieren und über ihre menschenfeindliche Politik aufklären.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Druck auf Bombardier zeigt Wirkung

Der Widerstand gegen den geplanten drastischen Stellenabbau beim kanadischen Fahrzeugbauer Bombardier wächst – und zeigt mittlerweile Wirkung: Nachdem der Druck auf die Konzernführung mit einem zweiten Aktionstag nochmals verschärft wurde, hat sich das Management zu Gesprächen mit Betriebsräten und Gewerkschaft über die Zukunft der deutschen Standorte bereit erklärt.

Wie berichtet will das Unternehmen in Deutschland 1430 Arbeitsplätze abbauen. Die ostdeut-

sehen Standorte in Hennigsdorf, Görlitz und Bautzen sind mit mehr als 1000 Stellenstreichungen am stärksten betroffen. IG Metall und Gesamtbetriebsrat kritisieren das Vorgehen massiv. Sie haben Ansätze für ein Alternativkonzept in ihrem Strategiepapier »Bombardier Fahrplan Zu(g)kunft« ausgearbeitet. Übergeben wurde das Papier von Betriebsräten aller deutschen Bombardier-Standorte in Berlin.

»Mit Personalabbau werden die hausgemachten Probleme bei Bombardier nicht gelöst«, so Olivier

Höbel, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen und Mitglied des Bombardier-Aufsichtsrats. »Wir fordern das Management auf, Maßnahmen in die Wege zu leiten, mit denen die Standorte in Deutschland zukunftssicher aufgestellt werden. Eine Analyse der Situation geht nicht ohne die Belegschaften. Und schon gar nicht gegen sie.« Wichtig sei, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten. Mit dem Strategiepapier lägen erste Ansätze auf dem Tisch.

👉 **igmetall.de**
→ Suche: Bombardier

Rentenbaustein und mehr Geld bei VW

Die Beschäftigten bei Volkswagen (VW) bekommen mehr Geld in zwei Schritten, die Altersteilzeit wird bis 2022 verlängert. Die Beschäftigten bekommen einen Rentenbaustein von 200 Euro, für Auszubildende liegt er bei 100 Euro. Die Entgelte werden zum 1. September 2016 um 2,8 und zum 1. August 2017 um 2 Prozent erhöht. Der Tarifvertrag endet am 31. Januar 2018. Alles zum Tarifabschluss bei VW auf:

👉 **igmetall-niedersachsen-anhalt.de** → Tarif



Foto: Robert Bosch GmbH

Flexible Raumstruktur: eine »Kommunikationszone« im Forschungszentrum von Bosch in Renningen. Hier treffen sich Beschäftigte aus vielen Abteilungen.

Neue **Konzepte** für das **Büro**

Digitalisierung Fortschreitende Digitalisierung verändert die Arbeit in den Büros grundlegend. Mit der neuen Technik werden neue Formen der Zusammenarbeit möglich. Nötig sind daher flexible Bürostrukturen.

Helmut Meyer geht es nicht darum, Büros hübsch einzurichten, mit schönen Möbeln, schicken Lampen, drehbaren Stühlen. »Wir ändern Raumkonzepte, weil die Arbeit sich verändert hat«, betont der Betriebsrat bei Robert Bosch am Entwicklungsstandort in Abstatt. »Die digitale Technik, die Einzug in die Büros hält, ist klein, mobil, leistungsfähig. Diese Werkzeuge sowie veränderte Arbeitsinhalte beeinflussen die Arbeitsorganisation. Deshalb müssen wir auch neue Bürokonzepte umsetzen.«

Das gilt nicht allein für die Büros bei Bosch: Die Digitalisierung wandelt nicht nur rasant Fertigung und Produktion, sie hält auch Einzug in den Officebereich. Bereits heute gibt es digitale Assistenten, Programme, die Gesprochenes in Text übertragen, papierlose Büros, Beschäftigte, die mit Laptop überall arbeiten können. »Büroräume werden immer intelligenter«, sagt Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall. »Die Digitalisierung im Officebereich birgt Risiken und bietet viele Chancen. Sie ermöglicht neue Arbeitsformen. Diese müssen im Sinne der Beschäftigten gestaltet werden.«

Welche Folgen die digitale Revolution für die Beschäftigten haben wird, ist bislang nicht exakt abzusehen. In einem breit angelegten Projekt un-

tersucht die IG Metall derzeit, wie sich Digitalisierung in den Büros auswirkt. Dazu hat sie eine Umfrage unter den kaufmännischen Angestellten der Branche durchgeführt. Im Sommer werden nun Ergebnisse einer in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studie erwartet. »Fest steht, dass Weiterbildung enorm wichtig sein wird, um Beschäftigten Perspektiven zu eröffnen«, sagt Christiane Benner. »Klar ist auch, dass mit dem Einzug digitaler Technologien neue Bürostrukturen und flexible Raumkonzepte notwendig werden.«

Viele Anforderungen Bei Bosch haben sie sich auf den Weg gemacht, solche neuen Bürostrukturen zu schaffen. In Renningen bei Stuttgart etwa hat das Unternehmen seinen neuen Forschungscampus aufgebaut. Das Areal ist über 100 000 Quadratmeter groß, 14 Gebäude sind auf ihm verteilt, rund 1600 Menschen arbeiten hier, meist Forscher und Entwickler. Für sie wurde ein spezielles Raumkonzept entworfen: eine Kombination von Einzel- und Teambüros, Gemeinschaftsflächen und Ruhezeiten. Eine Bürolandschaft, die auf ganz unterschiedliche Anforderungen von Arbeit in projektbezogenen Teams ausgerichtet ist.

Solch eine Bürolandschaft soll nun auch in Abstatt geschaffen werden. Hier entsteht derzeit

ein Neubau für rund 1000 Beschäftigte, 2018 soll das Gebäude fertig sein – Helmut Meyer und sein Team sind mitten in der Konzeptentwicklung. »Es ist wichtig, dass wir als Betriebsrat früh in die Planung eingebunden sind«, sagt der 52-Jährige, »ebenso wichtig ist, dass Beschäftigte beteiligt werden. Nur so können Bedürfnisse ermittelt und neue Raumkonzepte entworfen werden.«

In Abstatt, das zeichnet sich ab, werden zum Gebäude ein Ensemble von Einzelarbeitsplätzen, Projektzonen, Laborflächen und Besprechungszimmern gehören – vor allem aber muss es ausgerüstet und ausgestattet sein, Kommunikation zu unterstützen. Denn diese, das ist abzusehen, wird sich intensivieren. »Mit der technischen Entwicklung entstehen neue Arbeitsformen«, sagt Helmut Meyer, »mobiles Arbeiten ist ebenso möglich wie Projektarbeit von Beschäftigten aus unterschiedlichen Standorten.« Für diese neuen Formen der Zusammenarbeit soll es im neuen Gebäude ausreichend Raum und Ressourcen geben. »Die neue Arbeitsteilung, die mit Digitalisierung möglich wird, muss sich in der Raumstruktur widerspiegeln«, sagt Helmut Meyer. »Und natürlich muss es am Ende gut ausschauen. Die Beschäftigten sollen sich an den Arbeitsorten wohlfühlen.«

Jan.Chaberny@igmetall.de



Tarifergebnis Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie bekommen mehr Geld. Die Entgelte und Ausbildungsvergütungen steigen um 2,8 Prozent ab 1. Juli 2016 und 2 Prozent ab 1. April 2017. Für den Juni erhalten die Beschäftigten einen Pauschalbetrag. Darauf einigten sich IG Metall und Arbeitgeber am 13. Mai nach einer 14-stündigen Verhandlung in Köln. Der Vorstand der IG Metall und Gesamtmetall empfehlen, den Abschluss bundesweit zu übernehmen. Bis Redaktionsschluss hatten nahezu alle Tarifgebiete den Tarifabschluss übernommen. »Tarifpolitik mit Verstand« und »IG Metall erkämpft 4,8 Prozent« titelten Zeitungen am Tag nach dem Abschluss. Lange Zeit hatte es nicht danach ausgesehen. Die Arbeitgeber hatten bis zur fünften Verhandlung für die 3,8 Millionen Beschäftigten der Branche kein akzeptables Angebot vorgelegt. Noch zu Beginn lagen die Positionen meilenweit auseinander. Dann gelang der Durchbruch.

Von Fabienne Melzer

Am Ende musste Knut Giesler noch einmal kurz schlucken. Mit beiden Händen schlug er die Luft vor sich nach unten als Zeichen an die Mitglieder der Tarifkommission, ihren Applaus zu beenden. Dann gab der Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen den warmen Applaus mit den Worten zurück: »Das war eine Leistung von vielen. Ihr habt einen tollen Job gemacht.« Im Stehen klatschend hatten sich die Mitglieder der Tarifkommission am Ende ihrer Sitzung bei ihren Verhandlern bedankt. In den frühen Morgenstunden, am Freitag, dem 13. Mai, war gelungen, was sie weniger als 24 Stunden zuvor kaum für möglich gehalten hatten. Die Verhandlungskommission der IG Metall in Nordrhein-Westfalen hatte sich mit den Arbeitgebern auf einen Tarifvertrag geeinigt. Mit dem Inhalt waren die Mitglieder der Tarifkommission zufrieden. Das sind die Eckdaten: eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 2,8 Prozent vom 1. Juli 2016 an, weitere 2 Prozent vom 1. April 2017 an und einen Pauschalbetrag von 150 Euro für Juni 2016. Auszubildende bekommen einen Pauschalbetrag von 65 Euro. Der Tarifvertrag läuft 21 Monate bis zum 31. Dezember 2017.

Was für einen riesigen Sprung die Arbeitgeber in dieser Nacht gemacht hatten, rechnete Ralf Hüttemann vor. »Wir kommen von 0,9 Prozent. Mit 2,8 Prozent haben wir das Dreifache rausgeholt«, sagte der Betriebsratsvorsitzende von Vorwerk in Wuppertal. »Das Ergebnis verkaufe ich nicht. Das ist ein Erfolg.« Auch im Betrieb von Andreas Bernstein kam das Ergebnis bei vielen gut an. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Miele in Bielefeld war am frühen Morgen von einigen Kollegen mit den Worten nach Köln geschickt worden: »Lehn das bloß nicht ab.«

Meilenweit entfernt Als IG Metall und Arbeitgeber sich am späten Donnerstagnachmittag an den Verhandlungstisch im Kölner Maritim-Hotel setzten, lagen die Positionen noch unvereinbar weit auseinander. Die Arbeitgeber hatten nichts vorgelegt, was der Rede wert war, und die Beschäftigten mit einem historisch niedrigen Angebot von 0,9 Prozent in der zweiten Verhandlungsrunde provoziert. Ihr zweites Angebot – 2,1 Prozent für 24 Monate – sah nicht besser aus. Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie reagierten mit massiven Warnstreiks. Mehr als 800 000 Metallertinnen und Metaller hatten seit Ende der Friedenspflicht bundesweit die Arbeit niedergelegt und sich zuvor an Aktionen rund um die Verhandlungen beteiligt.

Mit diesem Widerstand hatten viele Arbeitgeber offenbar nicht gerechnet. Jürgen Mül-

Interview Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, erklärt, warum er den Tarifabschluss für einen guten Kompromiss hält und worauf es für die Unternehmen jetzt ankommt.



Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Gerechtigkeit für alle

Der Durchbruch ist geschafft. Erleichtert?

Jörg Hofmann: Ja. Keine Tarifrunde ist leicht. Aber diese begann unerwartet rau und zog sich in die Länge, nachdem die Arbeitgeber ein historisch niedriges Angebot vorgelegt hatten. Entscheidend ist jetzt aber: Die Beschäftigten bekommen eine deutliche Lohnerhöhung und damit einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg. Es hat sich zuletzt auch auf Arbeitgeberseite die ökonomische Vernunft durchgesetzt.

Wie bewertest Du das Ergebnis?

Hofmann: Der Tarifabschluss ist ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Er ist gut für die Metallerrinnen und Metaller und er ist gut für die Wirtschaft. Einen Ausgleich zwischen gegensätzlichen Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gibt es nur mit einer starken Gewerkschaft und einem Flächentarifvertrag.

Wo haben wir Zugeständnisse gemacht?

Hofmann: Jeder Abschluss bedeutet, dass beide Seiten am Ende Zugeständnisse gemacht haben. Die Arbeitgeber mussten ihr erstes Angebot verdreifachen. Im Ergebnis ist die Laufzeit deutlich länger als die Forderung. Das war der Kompromiss dafür, dass sich die Entgelte um 4,8 Prozent in den zwei Stufen erhöhen. Aber ich bin sicher, das geht in Ordnung. Ich bleibe dabei: Der Abschluss ist ein guter Kompromiss, der für beide Seiten tragbar ist.

Wie sieht es mit dem zweiten Ziel aus, in dieser Tarifrunde mehr Betriebe in den Tarifvertrag zu holen? Erreicht?

Hofmann: Wir haben in den letzten Wochen bundesweit 40 Betriebe mit mehr als 10000 Beschäftigten in den Tarif geholt. Das war eine starke Leis-

tung der Metallerrinnen und Metaller. Wie überhaupt die gesamte Tarifrunde: 800 000 nahmen an den Warnstreiks und Aktionen rund um die Verhandlungen teil – das war ein starkes Signal an die Arbeitgeber. Ohne diesen Zusammenhalt wäre der Abschluss nicht möglich gewesen.

Arbeitgeber warnten, dass ein Abschluss Betriebe überfordern könnte. Besteht die Gefahr?

Hofmann: Nein, dieser Abschluss wird keinen überfordern. Betriebe in wirtschaftlicher Schieflage können bei den Tarifvertragsparteien eine Abweichung beantragen. Jetzt sind die Arbeitgeber am Zug. Denn viel entscheidender für die wirtschaft-

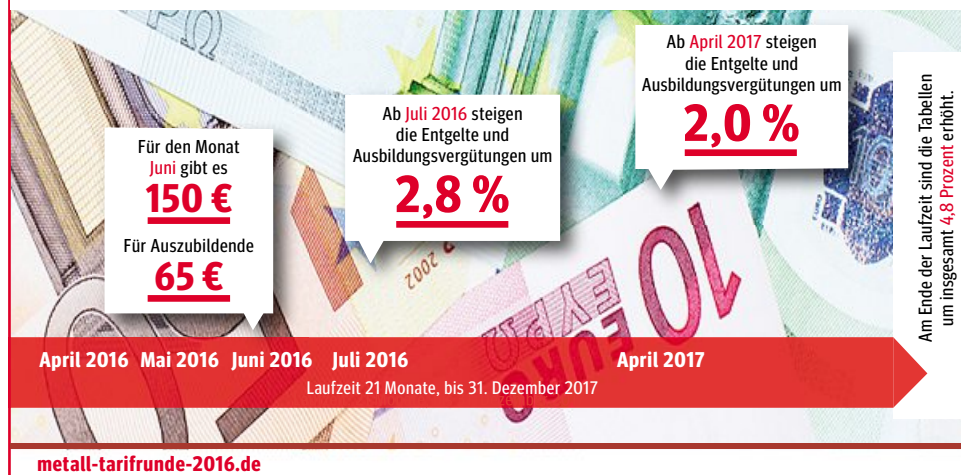
liche Zukunft sind Innovationen und Entwicklungsperspektiven, Investitionen in Produkte und Märkte. Dafür brauchen die Betriebe motivierte Beschäftigte, die fair bezahlt werden. Dafür brauchen wir Unternehmer und keine Rechenschieber.

Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde. Wie geht es weiter?

Hofmann: Wir werden weiter Betriebe, die keinen Tarifvertrag haben, in den Tarifvertrag holen. Das nächste Thema heißt für uns Arbeitszeit. Die Beschäftigten wollen wieder mehr selbst über ihre Zeit bestimmen. Wir werden jetzt mit der Diskussion beginnen. Darauf freue ich mich.

VERHANDLUNGSERGEBNIS METALL UND ELEKTRO

Mehr Geld in der Tasche: Das Verhandlungsergebnis sichert den Beschäftigten ihren verdienten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Metall- und Elektroindustrie.



DANKE!

Mehr als 800 000 Metallerrinnen und Metaller legten bundesweit seit Ende der Friedenspflicht für Warnstreiks die Arbeit nieder und gingen auf die Straße. Ohne ihren Einsatz und ohne ihren starken Zusammenhalt wäre das Ergebnis nicht möglich gewesen, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann (siehe Interview).

►► von Seite 14

ler, Betriebsratsvorsitzender bei Neapco Europe in Düren wunderte sich nur kurz, als sein Arbeitgeber die Belegschaft aufforderte, nicht zu dem, wie er es nannte, »unnützen« Streik am Verhandlungstag nach Köln zu gehen. Die Beschäftigten bei Neapco motivierte das erst recht. »Zum ersten Mal in 48 Jahren haben wirklich alle die Arbeit niedergelegt«, sagt Müller.

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, dankte den Streikenden für dieses starke Signal an die Arbeitgeber. »Sie haben diesen Abschluss erst möglich gemacht.« Hofmann nannte das Ergebnis einen guten Kompromiss, der für beide Seiten tragbar ist. Für ihn ist er auch ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. »Er ist gut für Metallerrinnen und Metaller und er ist gut für die deutsche Wirtschaft«, sagte Hofmann. Damit habe sich zuletzt auch auf Arbeitgeberseite die ökonomische Vernunft durchgesetzt. Gesamtwirtschaftlich sei dieser Abschluss ein gutes Ergebnis für Wachstum und Beschäftigung. Er stärke die Nachfrage des privaten Konsums, verbessere die Einnahmesituation von Staat und Sozialsystemen und erhalte die Investitionskraft der Unternehmen.

Witich Roßmann, Geschäftsführer der IG Metall in Köln, rechnete vor, dass allein die 58 000 Metallbeschäftigten in Köln dank Tarifvertrag im ersten Jahr 83 Millionen Euro mehr Geld haben werden, bundesweit sind es sogar 5,2 Milliarden. »Die Bundesregierung würde so etwas ein Konjunkturprogramm nennen«, sagte Roßmann.

Kein Betrieb wird überfordert Die Arbeitgeber hatten immer wieder betont, dass die wirtschaftliche Lage in den Betrieben unterschiedlich sei, und deshalb auf Differenzierungen gepocht, die es einzelnen Unternehmen ermöglichen sollten, vom Tarifvertrag abzuweichen. Auch in diesem Punkt fanden die Verhandler eine Lösung. Der IG Metall gelang es, die Differenzierung auf die Dauer des Tarifvertrags zu beschränken. Die Arbeitgeber hatten sie dauerhaft gefordert. Im Fall einer wirtschaftlichen Schiefelage können Be-

►► auf Seite 16

NORDRHEIN-WESTFALEN



Foto: Stephen Petrat

Vereint zum Erfolg: Mehr als 8000 Metallerrinnen und Metaller kamen kurz vor Beginn der fünften und letzten Verhandlung zur Protestkundgebung nach Köln. Nach 14 Stunden harten Verhandlungen haben die Metalltarifparteien in Nordrhein-Westfalen am Morgen des 13. Mai einen Pilotabschluss erzielt.

BERLIN-BRANDENBURG-SACHSEN

Lautstark unterwegs: Viele Beschäftigte des Mercedes-Benz-Werks in Marienfelde beteiligten sich an den Warnstreiks im IG Metall-Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen und gingen auf die Straße.



Foto: Christian v. Polentz



Foto: IG Metall

BADEN-WÜRTTEMBERG

Hand in Hand: Knapp 10 000 Teilnehmer kamen am 9. Mai zum Warnstreik vor dem Daimler-Werk in Sindelfingen zusammen. Mit dabei waren auch Beschäftigte von Zulieferbetrieben. In Baden-Württemberg nahmen Metallerrinnen und Metaller vor und nach der Friedenspflicht an Aktionen teil.

NIEDERSACHSEN-SACHSEN-ANHALT

Zusammen stark: An den Aktionen und Warnstreiks in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt beteiligten sich zahlreiche Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie. Der bundesweite Druck hat die Arbeitgeber offensichtlich zum Einlenken bewegt.



Foto: Heiko Stumpe



Foto: Markus Scholz

KÜSTE

Gemeinsam in Aktion: Im Bezirk Küste beteiligten sich viele Metaller und Metallerinnen an den verschiedenen Aktionen und Warnstreiks. Dieses große Engagement, dieser starke Zusammenhalt, der sich überall in der Republik zeigte, machte Druck und Eindruck auf die Arbeitgeber.

► von Seite 14

triebe bei den Tarifvertragsparteien eine Abweichung von der Tarifierhöhung beantragen. Diese ist begrenzt: Der Pauschalbetrag von 150 Euro und die zweite Erhöhung um 2 Prozent ab 1. April 2017 können um maximal drei Monate verschoben oder gekürzt werden. Dies geht nur mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien. Betriebe, die tatsächlich in wirtschaftlicher Schieflage sind, bekommen innerhalb des Tarifsystems eine Lösung. NRW-Bezirksleiter Giesler ist überzeugt, dass diese Vereinbarung auch die Tarifbindung stärkt: »Denn der Antrag auf zeitlich versetzte oder verringerte Tarifierhöhung darf nur von einem Betrieb gestellt werden, der tarifgebundenes Mitglied des Arbeitgeberverbands ist.« Für den IG Metall-Vorsitzenden Hofmann ist damit ein Argument der Arbeitgeber gegen den Tarifvertrag hinfällig: »Kein Betrieb wird überfordert.«

Die Forderung nach einer Differenzierung hatte Nicole Ilbertz, Betriebsratsvorsitzende bei Federal Mogul in Burscheid, Bauchschmerzen bereitet. »Als wir das letzte Mal so etwas vereinbart hatten, mussten wir mit unserem Arbeitgeber heftig um die Zahlung streiten.« Sie ist froh, dass nun die Tarifvertragsparteien dafür zuständig sind. »Wir müssen als Betriebsräte genug Streitigkeiten um andere Themen klären. Um Entgelt müssen sich die Tarifpartner kümmern, da gehört es hin.«

Der erste Tarifvertrag Ein erfolgreicher Tarifabschluss ist eine Sache, eine andere, für wie viele Menschen er gilt. Die IG Metall will, dass wieder mehr Menschen von Tarifverträgen profitieren. Deshalb beteiligte sie an dieser Tarifrunde zum ersten Mal auch Belegschaften aus Betrieben, die keinen Tarifvertrag haben und darum kämpfen. Mit Erfolg: In 40 Betrieben mit mehr als 10 000 Beschäftigten schloss sie seit Anfang des Jahres einen Tarifvertrag ab, zum Beispiel bei der Firma Schulte in Hemer.

Seit zweieinhalb Jahren kämpfen Betriebsratsvorsitzender Friedhelm Florek und seine Kollegen bei Schulte um einen Tarifvertrag. Seit Ende April halten sie ihn in der Hand. Torsten Kasubke von der IG Metall Märkischer Kreis ist sicher, dass der Schwung der Tarifrunde geholfen hat: »Denn unser erster Versuch war gescheitert.«

Sie haben harte Zeiten hinter sich bei Schulte. Vor Florek und seinen Kollegen hatten schon andere versucht, einen Betriebsrat zu gründen. Sie wurden gekündigt, klagten sich teilweise wieder ein. Der Betriebsrat erzählt, dass es Zulagen für Beschäftigte nur gab, wenn sie nicht krank wurden, und dass mehrere Wochen hintereinander an sieben Tagen gearbeitet wurde: »Irgendwann sagten die Leute: »So geht es nicht weiter. Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen.«

Das erste Ziel haben sie erreicht. Mit dem Tarifvertrag, den die IG Metall mit Schulte abgeschlossen hat, bekommen die Beschäftigten

BAYERN



Foto: Michael Kruth

MITTE

Mit der Tarifrunde Mitglieder gewonnen

Auch in der Tarifrunde treten Metallerrinnen und Metaller nicht von allein in die IG Metall ein – aber eher. Ralf Klaube, Leiter des Vertrauensleutekörper bei Norma in Gerbershausen, hatte sich selbst das Ziel gesteckt, den Anteil der Mitglieder an der Belegschaft auf 70 Prozent zu treiben. Im April hatte er sein Ziel erreicht. »Mit den Leistungen der IG Metall kann ich vor allem junge Leute schnell überzeugen«, sagt Klaube. In der Tarifrunde kam für viele aber noch etwas anderes hinzu. »Sie sind eingetreten, weil sie sich nicht auf den Schultern der anderen ausruhen, sondern mit ihnen zusammen für eine Tarifierhöhung kämpfen wollten.« Mit dem Ergebnis sind sie genauso zufrieden wie mit ihrer Entscheidung, in die IG Metall zu gehen. Ganz von selbst läuft es aber auch in der Tarifrunde nicht, sagt Klaube: »Man muss den Leuten schon klar machen, dass sie selbst etwas tun und zum Warnstreik gehen müssen.«



Starker Zusammenhalt: Viele Beschäftigte im Bezirk Mitte beteiligten sich an Warnstreiks.



Mit dem Schwung der Tarifrunde

Vor vier Jahren gab es beim Sondermaschinenbauer Hekuma in Eching keinen Betriebsrat und nur drei Prozent der Belegschaft waren Mitglied der IG Metall. Vier Jahre später gibt es einen Betriebsrat, die Belegschaft ist zu über 80 Prozent in der IG Metall organisiert und seit dem 21. April hat sie einen Tarifvertrag. Die Tarifrunde hat ihrem Anliegen noch einmal Schwung gegeben.

Nach seiner Wahl hatte sich Betriebsratsvorsitzender Hubert Hillenbrand zuerst die Mitgliederzahlen angeschaut und dachte: »Da bist Du ja machtlos.« Er warb für die IG Metall und hörte immer wieder: »Werden die anderen auch Mitglied? Hillenbrand machte allen einen Vorschlag: »Ich gebe die Aufnahmeanträge erst ab, wenn ich 60 Prozent habe. Wenn es nicht klappt, gebe ich Euch Eure Anträge zurück. Aber dann werde ich auch nicht mehr für mehr Geld kämpfen.« Es klappte und der Betriebsrat gab alle Aufnahmeanträge bei der IG Metall an einem Tag ab.

Jetzt will der Betriebsrat bei Hekuma erst einmal wissen, wie weit ihr Entgelt von der Fläche entfernt ist, und die Beschäftigten eingruppieren. »Es gibt ein Ziel«, sagt Hillenbrand, »das ist ermutigend, weil es vorangeht, wenn auch in kleinen Schritten.«

Engagiert: Zahlreiche Beschäftigte gehen bei Warnstreiks der IG Metall in Bayern auf die Straße.

jetzt mehr Geld. Die untersten Lohngruppen steigen um 7,25 Prozent, die obersten um 2 Prozent. »Gerade in den unteren Gruppen hatten wir die niedrigsten Entgelte, die man sich vorstellen kann«, sagt Florek. »Das ändert sich jetzt dank Tarifvertrag.« Nun verhandelt die IG Metall mit Schulte bis August über den Manteltarifvertrag, danach über den Entgelttrahmentarifvertrag. Zum Tarif gehört mehr als Geld. Es geht auch um Arbeitszeit, Urlaub – und es geht um Sicherheit.

Zehn Prozent in zehn Tagen Das wurde auch den Beschäftigten bei LMT Fette Werkzeugtechnik in Schwarzenbek klar, als ihr Arbeitgeber mal wieder mit dem Betriebsrat und der IG Metall über Abweichungen vom Tarifvertrag verhandeln wollte. Die Kolleginnen und Kollegen kamen von selbst und fragten nach Aufnahmeformularen«, sagt Ute Berbüsse. »Innerhalb von zehn Tagen hatten wir zehn Prozent mehr Mitglieder für die IG Metall gewonnen.« Die betriebliche Auseinandersetzung habe sicher vielen den Anstoß gegeben, jetzt Mitglied zu werden. Aber Ute Berbüsse hat schon viele Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber geführt. In keiner Runde zählte sie so viele neue Mitglieder. »Es war die Kombination aus betrieblichem Konflikt und Tarifrunde«, sagt Ute Berbüsse. »Vielen wird in diesem Moment klar, was ihnen entgeht, und sie sagen sich: Sicherheit habe ich nur mit Tarifvertrag.«

Ergebnis übernommen

Die Tarifkommission in Nordrhein-Westfalen hat das Tarifergebnis wenige Stunden nach Abschluss angenommen. Der Vorstand der IG Metall und Gesamtmetall empfehlen, den Abschluss bundesweit zu übernehmen.

■ **Übernahme in den Bezirken** Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin-Brandenburg, Osnabrück-Emsland, Küste, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland hatten das Ergebnis – teilweise mit regionalen Anpassungen – bis Redaktionsschluss übernommen.

Thüringen verhandelte am 25. Mai über die Übernahme. In Baden-Württemberg und Bayern entschieden die Tarifkommissionen am 2. Juni über den Abschluss.

Zum aktuellen Stand:

metall-tarifrunde-2016.de



Elke Merkel beißt sich durch

Elke Merkel Sie kann nichts umhauen: Als junge Frau arbeitete sie beim Bau der Erdgastrasse im Ural mit, bei minus 30 Grad im Bauwagen unter Männern. Jetzt verhandelt Elke Merkel über Flächentarifverträge für die Dienstleister in der Kontraktlogistik.

Sie kann zur Sau werden. Aber dann ist auch wieder Frieden. Das sagt Elke Merkel über sich selbst. »Wir plärren uns auch mal mit der Geschäftsführung an. Aber es geht immer um die Sache. Und am Ende finden wir immer einen Kompromiss.«

Seit 20 Jahren ist Elke Merkel Betriebsratsvorsitzende beim Kontraktlogistik-Dienstleister Schnellecke im sächsischen Glauchau. Schnellecke arbeitet über Werkverträge für VW, liefert Teile an die Montagebänder und montiert Achsen. Sie waren die ersten Kontraktlogistiker überhaupt, die einen IG Metall-Tarif durchgesetzt haben. Das war 2009. Sechs Tarifverträge hat die sächsische Betriebsrätin mittlerweile mitverhandelt.

Jetzt ist Elke Merkel auch Mitglied der neuen IG Metall-Tarifkommission, die mit den Arbeitgebern über Flächentarife in der Kontraktlogistik verhandelt (siehe Kasten rechte Seite). Das ist ihr und den anderen IG Metall-Mitgliedern bei den Kontraktlogistikern wichtig. Damit nicht billigere Anbieter ohne Tarif ihnen die Aufträge wegschnappen. Aber eines will Elke Merkel auf keinen Fall: »Verschlechterungen gegenüber unseren erkämpften Tarifen bei Schnellecke Sachsen darf es nicht geben.«

Versuchskarnickel für Werkverträge In Glauchau waren sie nicht nur die ersten mit



Foto: Igor Pastierovic

Elke Merkel, 51, am Modell ihres Betriebs, dem Kontraktlogistik-Dienstleister Schnellecke im sächsischen Glauchau. Seit 20 Jahren ist sie hier Betriebsratsvorsitzende.

Tarif, sondern auch die ersten Dienstleister überhaupt, an die Autobauer über Werkverträge Logistikarbeit ausgliederten. Bereits seit 1991. Da hießen sie noch Sachsentrans. »Wir waren die Versuchskarnickel«, meint die heute 51-Jährige. »Wir waren ja froh, dass wir überhaupt Arbeit hatten.«

Elke Merkel brachte Teile mit dem Elektroschlepper ans Montageband im VW-Werk Mosel, für 1750 Mark brutto, mit 23 Tagen Urlaub, eine Knochenarbeit. Jeden Morgen aß sie zwei Stücke Kuchen – und nahm trotzdem in einem Jahr zehn Kilo ab. Oft packten sie ihr die schwersten Teile ganz oben auf den Anhänger. »Ich habe dann voller Zorn bei den Kollegen angerufen und die rundgemacht.«

Und da sie die »Gusche« aufmachte, sprach sie der VW-Betriebsrat an: »Wollt Ihr nicht mal einen Betriebsrat gründen?«

Im Bauwagen unter Männern im Eis Die »Gusche aufgemacht« hat die gebürtige Vogtländerin schon zu DDR-Zeiten. Als sie mit 18 Jahren mit der Ausbildung zur Industriekauffrau fertig war, bestellte sie der Parteisekretär im Betrieb zu sich: Willst Du nicht der »Partei« (der SED) beitreten? »Ich sagte: »Nee, will ich nicht«, erzählt Elke Merkel. »Er hat mich nie wieder gefragt.«

Und dennoch war sie dabei bei »Honeckers Jahrhundertbau«. Merkel machte eine Ausbildung als Maschinistin, ging nach Russland und baute anderthalb Jahre mit an der Erdgasstrasse vom Ural bis in die Bundesrepublik. Ein beehrter und super bezahlter, aber harter Job unter Männern bei minus 30 Grad im Bauwagen. Sie biss sich durch. Seitdem arbeitet sie immer gern mit Männern. »Mit denen kann man sich auch mal anbrüllen – aber dann ist es auch wieder gut.«

Einen der Männer von der Erdgasstrasse nahm sie als Mann. Der brachte sie 1989 kurz vor dem Mauerfall mit in die Region Glauchau. »Da wollte ich eigentlich nie hin. Ich bin da während meiner Ausbildung jeden Tag mit dem Zug durchgefahren. Das hat gestunken nach Industriesiff«, erzählt Merkel. »Das sieht heute ganz anders aus, was Schnellecke aus der alten, stinkigen Spinnstofffabrik gemacht hat.«

In die Gewerkschaft trat sie von sich aus ein, damals noch die Gewerkschaft Öff-

entliche Dienste Transport und Verkehr (ÖTV), die später in Verdi aufging. »Wir mussten anfangs gegen viele Widerstände kämpfen. Die Geschäftsführung wollte keinen Betriebsrat«, erinnert sie sich. Aber Schritt für Schritt haben sie die Arbeitsbedingungen verbessert und die Arbeitszeit verkürzt.

Doch irgendwann sind sie mit Verdi nicht mehr weitergekommen. »Wir waren ein Fremdkörper unter den Spediteuren und den Leuten von der Post. Das hat einfach nicht mehr gepasst«, erklärt Merkel. 2008 traf sie eine Entscheidung. Sie ging mit ihrem Stellvertreter zur IG Metall in Zwickau und sagte: »Wir wollen zu Euch.« Sie war die Erste, die zur IG Metall übertrat, die anderen folgten ihr. 98 Prozent der rund 1000 Beschäftigten sind heute Metaller. »Das war die Voraussetzung dafür, dass wir so vieles durchsetzen konnten. Es geht da schlicht um Macht«, macht Merkel klar. »Aber Du musst auch Deinen Weg mit der Geschäftsführung finden, sonst hast Du jahrelang nur Krieg. Das hilft niemandem.«

Heute ist die Knochenarbeit bei Schnellecke in Glauchau weitgehend Vergangenheit. Die Arbeit ist ergonomischer und gesünder. Es gibt einen Tarifvertrag Demografie, mit altersgerecht angepassten Arbeitsbedingungen. Und einen brandneuen Tarifvertrag Altersteilzeit. Gerade basteln Merkel und ihre Betriebsratskollegen an einer Jobrotation, bei der die Beschäftigten die Arbeitsplätze mehrmals täglich tauschen, um einseitige Belastungen zu vermeiden. Gesunde Arbeit ist Merkel wichtig. »Ich habe ja früher selbst erlebt, wie ich sonntags nicht aufstehen konnte, weil mir alles wehgetan hat. Ich finde, wir haben eine Verantwortung, die Kollegen gesund und gut bis zur Rente zu bringen.«

Kompromisslos gegen rechts Wer Kohlebriketts aus dem Eis des Urals gehackt hat, um den Bauwagen zu heizen, verhandelt hart und findet am Ende einen guten Kompromiss für alle.

Doch bei einem Thema ist Elke Merkel kompromisslos: Bei Rechtsextremen und rassistischen Parolen, die einige Beschäftigte auf Facebook posten. Einschüchtern lässt sie sich nicht. »Sollen die Rechten doch drohen und randalieren. Vor denen habe ich keine Angst.«

Dirk.Erb@igmetall.de



Mehr Wissen

Die IG Metall-Mitglieder bei den Kontraktlogistik-Dienstleistern wollen Flächentarifverträge durchsetzen. Dazu haben sie jetzt eine bundesweite Tarifkommission gebildet. So wollen sie den Billigwettbewerb stoppen: Die Endhersteller schreiben ihre Aufträge über Werkverträge alle paar Jahre neu aus, möglichst billig. Damit soll Schluss sein.



Foto: Michael Schinke

Achmad Shakib Pouya kam vor fünf Jahren nach Deutschland. Heute hilft er anderen Geflüchteten.

»Ich will für Geflüchtete da sein«

Integration Seit Anfang des Jahres hilft Achmad Shakib Pouya (32) in der Beratungsstelle für Geflüchtete der IG Metall in Frankfurt am Main ehrenamtlich.

Pouya, Du hilfst in der Beratungsstelle für Geflüchtete. Was macht Ihr hier?

Achmad Shakib Pouya: Meine Aufgabe ist es, zu dolmetschen. Ich spreche sechs Sprachen: Persisch, Paschtu, Englisch, Deutsch, Griechisch und noch ein paar Sprachen aus dem afghanischen und persischen Raum. Manchmal kommen bis zu 20 Menschen aus Afghanistan zu uns, die kaum ein Wort Deutsch sprechen. Ihnen helfe ich dann und übersetze alles. Häufig bin ich aber auch damit beschäftigt, Broschüren zu übersetzen.

Du bist vor sieben Jahren aus Afghanistan geflohen, warst zwei Jahre unterwegs. War es schwer, sich in das neue Leben einzufinden?

Pouya: Es war nicht leicht. Am Anfang war meine größte Hürde die Sprache. Ich habe aber schnell Deutsch gelernt. Drei Monate ging der Kurs. Durch meine deutschen Freunde konnte ich meine Kenntnisse ausbauen. Auch mit meiner Arbeit ist es nicht einfach. Ich bin Zahnarzt und möchte diese Arbeit gern wieder ausüben. Noch habe ich aber keine Arbeitserlaubnis dafür.

Was habt Ihr für die nächste Zeit als Projekt oder Aufgaben auf Eurem Plan stehen?

Pouya: Neben mir gibt es noch eine Reihe weiterer Menschen, die ehrenamtlich helfen. Wir sind gerade dabei, einen berufsspezifischen Sprachkurs auszuarbeiten. Geflüchteten soll nicht nur die Alltagssprache beigebracht werden. Sie sollen die für ihren Beruf typischen Begriffe erlernen. So können sie sich besser auf das Berufsleben vorbereiten. Ich möchte auch meine künstlerische Arbeit ausbauen. Ich bin Hobbymusiker und Schauspieler und möchte mit Geflüchteten, Theaterstücke inszenieren oder Musik machen.

Carolin Geist für metallzeitung@igmetall.de



SHIMANO 6-Gang-Kettenschaltung
r Fahrspaß bei jeder Steigung

Wartungsfrei
0 W Motorradnabenmotor

Sportlich & Fahrvergnüg
nd
jed n Tag

Inkl. hochwertigem Lithium-Ionen Akku



1 Alu-Elektro-Faltrad 20 Zoll »Sport«

Flexibles Radfahren das ganze Jahr!
Dieses hochwertige Elektro-Marken-Faltrad hat zwei praktische Vorteile: Sie genießen den Komfort elektrischen Antriebs und Sie profitieren von der praktischen Faltmechanik, denn nach der Radtour verstauen Sie Ihr Elektro-Faltrad sicher im Auto, platzsparend in der Garage oder einfach im Schrank. Den starken, umweltfreundlichen Elektromotor können Sie auf Wunsch jederzeit zuschalten. Jede Akkuladung – einfach per Steckdose aufladbar – unterstützt Sie bis 25 km/h und reicht für eine Strecke von bis zu 65 km.



6-Gang SHIMANO-Kettenschaltung



Komfortable Vorderradstoßdämpfung



Leicht zu bedienende Hebelschaltung



Übersichtliches Bediendisplay

Highlights

- Leichter, verwindungssteifer Rahmen aus Aluminium; leicht zusammenfaltbar
- Farbe: Titan Metallic
- Wartungsfreier 250 W Hinterrad-Nabenmotor
- 3 Motorunterstützungsstufen
- Mit Anfahr- & Schiebehilfe bis 6 km/h
- Leistungsstarker, entnehmbarer Lithium-Ionen Akku der neuesten Generation (36V/8Ah)
- Akku-Reichweite: ca. 65 km
- Übersichtliches LED-Bediendisplay mit Anzeige des Akkuladestandes und Stufe der Motorunterstützung

Weitere Qualitätsmerkmale

- Lenker in Höhe & Neigung verstellbar
- Klappbarer Komfort-Sattel
- LED-Fahrlicht vorne und hinten
- Gepäckträger mit Spannring (bis 15 kg belastbar)
- Kunststoffbleche vorne & hinten
- Felgenbremse vorne & hinten
- Alu-Doppelkammerfelgen
- Faltbare Pedale
- Stabiler Seitenständer
- Lieferung inkl. Ladegerät;
- Sattelhöhe: 75–101 cm
- Lenkerhöhe: 111–119 cm
- Maße aufgebaut: B 60 x L 155 x H 101 cm
- Maße zusammengeklappt nur B 55 x L 78 x H 80 cm
- Max. Belastung: 100 kg
- Gewicht: 21 kg

Mit Anfahr- & Schiebehilfe

Reichweite 65 km

Kleines Packmaß!



Leicht zu transportieren. Steht auch gefaltet perfekt!

Motorunterstützung bis max. 25 km/h

Immer mobil: Machen Sie Ihre nächste Radtour zum komfortablen Freizeitspaß!

Führerscheinfrei und zulassungsfrei, umweltfreundlich, kostengünstig

Sie sparen € 200,- UVP € 1.199,- Best.-Nr. FR 71149 nur € 999,-

2 Diese Auflage gehört zu jeder Matratze – der neue Trend für besseren Schlaf!

So herrlich bequem und rückenfreundlich schlafen Sie nur auf Visko-Mineralschaum!

Einfach auf die Matratze Ihres Bettes legen und schon ruhen Sie in der Premiumklasse – ein herrlicher Schlafkomfort ab nur 79,95 €. Matratzen dieser Klasse kosten oft über 1.000 €.

Das Besondere: Nur Visko wird durch die Körperwärme weicher und passt sich deshalb exakt Ihrer Lage und Körperform an – mit jeder Lageveränderung neu.

Studien¹⁾²⁾³⁾ bzw. viele Kunden⁴⁾ berichten: **Verspannungen, Rückenprobleme, Schlafstörungen, Gelenkschmerzen, Wundliegen sowie Kopfschmerzen und viele weitere Beschwerden können vermieden werden.**

Führende Hersteller empfehlen für jede Matratze eine zusätzliche Auflage, damit Sie erholsamer schlafen und außerdem, weil sie viel schneller bezogen, gelüftet und gewendet werden kann.

So schlafen Sie immer auf einer frischen Seite. Immerhin schwitzen wir nächtlich etwa 1/2 Liter. Atmungsaktiv und für Allergiker geeignet (milbenresistent). In dieser Qualität aus 100 % besonders anpassungsfähigem Visko-Mineralschaum **nur bei uns so günstig!**

Visko-Mineralschaum aus der Weltraumforschung führt nach Studien zu deutlich ruhigerem Schlaf¹⁾: Der nächtliche Lagewechsel reduzierte sich z. B. in Tests von 80 auf nur 20 Mal, weil Visko-Mineralschaum sich dem Körper ideal anpasst, zudem nachweislich druckentlastend ist²⁾ und damit die Durchblutung verbessert. In einem weiteren Test wurde ein verbesserter Schlaf nachgewiesen³⁾, wodurch sogar die Einnahme von Schlafmitteln reduziert werden konnte.

1) Clinical Study Lillhagen Hospital in Gothenburg, Sweden, Oct. 1994
2) Gemessen mit X-Sensor, Dipl. Ing. D. Mlocek, Juni 2014
3) Institut für Pflegemittelforschung, Prof. Dr. Klaus Neander, Okt. 2002
4) Vgl. Kundenmeinungen auf www.aktivshop.de

Matratzenauflage einfach auf Ihre Matratze legen und Sie genießen einen herrlichen Schlaf!



I 4 cm dick

Mit dieser Matratzen-Auflage schlafen Sie in der Premiumklasse und machen aus »alt« schnell und günstig »neu«!

Über 1.000 zufriedene Kundenmeinungen finden Sie unter www.aktivshop.de.

»Es ist ein wunderbares Liegegefühl auf der neuen Matratzenauflage, ohne unter Druckschmerzen zu leiden. Kann ich nur wärmstens empfehlen.« Erika B. im Januar 2015

»Meine Rücken- und Kopfschmerzen sind weg. Endlich schlafe ich wieder durch!« Roger F. im Oktober 2015



Wer sofort 2 Auflagen bestellt, spart nochmals mehr als 30 Euro! Siehe Coupon



Washbare Bezüge mit Reißverschluss und Aloe Vera (40% Polypropylen, 60% Polyester)



aktivmed Best-Schlaf Visko-Matratzenauflage* gut Ausgabe 10/15 *Maße: B 90 x L 200 x H 4 cm

Sie sparen bis zu € 118,-

UVP € 198,- nur bei uns ab € 79,95

Mit der Note »gut« erzielte unsere Auflage die beste im Öko-Test vergebene Note.

Gratis* für Sie! Das Best-Schlaf-Kissen Premium im Wert von € 49,95 erhalten Sie als Geschenk, wenn Sie mindestens eine Matratzenauflage aus dieser Anzeige bestellen.

Unser beliebtestes Kissen!

- Mit Sommer- und Winterseite
- Anatomisch geformt für einen himmlischen Schlaf und erholtet Aufwachen
- Passt sich viskoelastisch, wohligh weich an
- Mit waschbarem Aloe Vera-Bezug

Geschenk im Wert von € 49,95



Anatomisch geformt: Perfekt für Rücken- und Seitenlage.

Ideal für Rücken- und Bandscheiben – besser schlafen, weniger Beschwerden

Durch herausnehmbare Mittelschicht exakt auf Ihre Nacken- und Schultergröße einstellbar. Wahlweise: 8, 10, 11, 13 cm dick.

Best.-Nr. FR 20453

Maße: B 60 x L 35 cm

Internet Gutscheincode: **26TBA3**

Jetzt kostenfrei anrufen und testen:

☎ 0800 - 4 36 00 05 Mo.- Fr. 8-22 Uhr Sa.+So.10-18 Uhr

Hiermit bestelle ich – natürlich mit 2 Wochen Umtausch- und Widerrufsrecht!⁷⁾

Artikel	Best.-Nr.	Preise ⁵⁾⁶⁾	Bestell-Menge
1 Toppedo Alu-Elektro-Faltrad 20 Zoll	FR 71149	999,00 €	
2 Kopfkissen »Premium« 60 x 35 cm	FR 20453	Gratis*	
Visko-Auflage 80 x 200 cm	1 Stck.	FR 21303	89,95 €
	2 Stck.	FR 21366	149,00 €
Visko-Auflage 90 x 200 cm	1 Stck.	FR 21304	99,95 €
	2 Stck.	FR 21367	169,00 €
Visko-Auflage 100 x 200 cm	1 Stck.	FR 21305	109,95 €
	2 Stck.	FR 21368	189,00 €
Visko-Auflage 120 x 200 cm	1 Stck.	FR 21306	139,95 €
	2 Stck.	FR 21369	249,00 €
Visko-Auflage 140 x 200 cm	1 Stck.	FR 21307	169,95 €
	2 Stck.	FR 21370	299,00 €
Visko-Auflage 90 x 190 cm	1 Stck.	FR 21302	89,95 €
	2 Stck.	FR 21365	149,00 €
Visko-Auflage 80 x 190 cm	1 Stck.	FR 21301	79,95 €
	2 Stck.	FR 21364	129,00 €
3 Hörverstärker 2er-Set »Premium«	FR 22424	9,99 €	
4 Keilkissen	FR 20487	4,99 €	

Viele weitere Angebote finden Sie im Internet unter www.aktivshop.de

Bestellungen telefonisch, per Internet oder per Post an:

aktivshop GmbH
Oldenburger Str. 17
48429 Rheine
Fax: 0800 / 4 36 00 06 (kostenfrei)

E-Mail: service@aktivshop.de



Vorname Name

Straße / Hausnummer Geburtsdatum

PLZ/Ort Telefon

Wenn Sie die Ware behalten möchten:
5) Zahlung binnen 14 Tagen nach Erhalt der Rechnung und der Ware ohne Abzug.
6) Preise inkl. MwSt., zzgl. insgesamt nur 5,95 € Versandkosten..
7) Die Einzelheiten zum Widerruf finden Sie in unseren AGB unter www.aktivshop.de oder auf Wunsch auch gern telefonisch.

Kein Mindestbestellwert!

3 Hörverstärker 2er-Set »Premium«

Ideal zum Fernsehen, Musik hören, bei Vorträgen und zur Unterhaltung!

- Verstärkt Geräusche und Stimmen auf eine Distanz von bis zu 10 m
- Chic wie ein Headset und angenehm zu tragen
- Lautstärke einstellbar
- Inkl. 4 Knopfzellen



Aktionspreis!



Für mehr Lebensqualität: wieder aktiv dabei sein

Sie sparen € 40,- UVP € 49,95

Best.-Nr. FR 22424

jetzt nur € 9,99

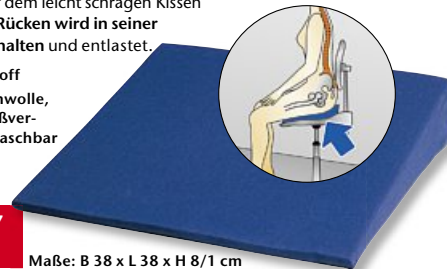
4 Keilkissen

Aufrechter sitzen – die Bandscheibe entlasten
Das Becken kippt auf dem leicht schrägen Kissen leicht nach vorn, der Rücken wird in seiner natürlichen Form gehalten und entlastet.

- Material: Schaumstoff
- Bezug: 100 % Baumwolle, abnehmbar mit Reißverschluss, bei 30°C waschbar

Aktionspreis!

Vielseitig einsetzbar!



Sie sparen € 8,- UVP € 14,99

Best.-Nr. FR 20487

nur € 4,99

Maße: B 38 x L 38 x H 8/1 cm



Rolf-Dieter Dreyer: »Europa darf uns nicht um die Ohren fliegen. Unter einem Brexit würden Lieferbeziehungen und Konkurrenzfähigkeit bei Rolls-Royce erheblich leiden.«

Fotos: Eisenhans/Fotolia, privat

Mehrfach gekniffen

Brexit Am 23. Juni stimmen die Briten über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union (EU) ab. Britische Gewerkschaften werben seit Wochen für die EU. Aus Sicht der Beschäftigten spricht einiges für den Verbleib – auf beiden Seiten des Kanals.

Die Entscheidung der Briten, ob sie in der Europäischen Union (EU) bleiben, und Oberursel im Taunus haben nur scheinbar nichts miteinander zu tun. In Oberursel produziert Rolls-Royce, ein britischer Hersteller von Flugzeugtriebwerken, Teile, die in England etwa in den Airbus A-380 eingebaut werden. 1200 Menschen arbeiten dort. Betriebsratsvorsitzender, Rolf-Dieter Dreyer, schaut besorgt auf den 23. Juni. »Wenn Großbritannien aus der Europäischen Union austritt, bekommen wir massive Probleme«, sagt Dreyer. Zu rechnen wäre mit Zöllen und Einfuhrbeschränkungen. Die Lieferbeziehungen zwischen den Auslandsniederlassungen und dem Mutterkonzern könnte es erheblich belasten.

Seit Wochen werben die britischen Gewerkschaften für den Verbleib ihres Landes in der EU. Sie sehen Arbeitnehmerrechte bedroht. Denn die ironische Frage: Was hat die EU uns jemals gebracht?, können sie sehr ernst beantworten: Verbesserungen für Beschäftigte beim Mutterschutz, bei der Arbeitszeit, beim Urlaub und vielem mehr. Sie fürchten nach einem Brexit eine

gefährliche Abwärtsspirale. Nach Schätzungen des britischen Gewerkschaftsbunds sind vier Millionen Arbeitsplätze in Großbritannien gefährdet.

Großer Exportmarkt Zu den Fortschritten für Beschäftigte gehören auch Mitwirkungsrechte durch den Europäischen Betriebsrat (EBR). Doch nur in der EU haben sie das Recht auf einen Vertreter oder eine Vertreterin im EBR. Ein Recht auf Informationen haben sie nur für die Standorte innerhalb der EU. Ohne britische Vertreter im EBR, fürchtet Dreyer von Rolls-Royce, wäre das Gremium geschwächt und hätte zu wenig Gewicht, um eine Auslagerung zu verhindern. »Da könnte es schnell zu Abwanderung in Niedriglohnländer kommen«, sagt Dreyer. »Uns würde einiges um die Ohren fliegen.« Rolls-Royce hätte nach einem EU-Austritt keinen Anspruch mehr auf Fördergelder der EU wie zum Beispiel aus dem Luftfahrtprojekt »Blue Sky«. Das Unternehmen mit 18000 Beschäftigten wäre mehrfach gekniffen. Die Notenbank befürchtet im Falle eines Aus-

stiegs eine Rezession und steigende Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Deutschland würde ebenfalls zu den Verlierern zählen. Großbritannien ist für Deutschland der drittgrößte Exportmarkt. Waren für 90 Milliarden Euro wurden 2015 auf die Insel geliefert. Wie eng die beiden Länder wirtschaftlich verflochten sind, zeigen einige Zahlen: Rund 2500 deutsche Unternehmen verfügen über Niederlassungen in Großbritannien und beschäftigen rund 370000 Mitarbeiter. In Deutschland sind rund 3000 britische Unternehmen engagiert. Ohne einen gemeinsamen Binnenmarkt müssten die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und dem Kontinent zumindest neu festgelegt werden.

»Ein Abschied Großbritanniens aus der Europäischen Union käme nicht nur die deutsche Wirtschaft teuer zu stehen«, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb. »Ein Nein zum Verbleib in Europa macht weder das Vereinigte Königreich noch Europa in seiner Gesamtheit besser und sozialer – im Gegenteil.«

Martina.Helmerich@igmetall.de

Ein Ausstieg der Briten aus der EU hätte fatale Folgen für Deutschland und die Exportwirtschaft. Beispiel: der Hersteller von Triebwerken Rolls-Royce.

Fußball-EM: Ist **Public Viewing** im Betrieb **erlaubt?**

Recht so Am 10. Juni startet in Frankreich die Fußball-Europameisterschaft der Männer. Sie dauert erstmals vier Wochen. Welche »Fernsehrechte« Beschäftigte im Betrieb haben, erläutert Tjark Menssen.



Tjark Menssen
ist Jurist bei der
DGB Rechtsschutz
GmbH.

Foto: Frank Ott/DGB Rechtsschutz

Weil erstmals 24 Mannschaften teilnehmen, finden bei der Fußball-EM diesmal 51 Spiele statt. Die Anstoßzeiten sind jeweils um 15, 18 und 21 Uhr. Am dritten und letzten Spieltag der EM-Vorrunde werden die letzten Spiele der Gruppen immer parallel stattfinden. Anpfiff ist immer um 18 und 21 Uhr. Weiter geht es mit den acht Spielen des Achtelfinales. An den drei Spieltagen finden drei beziehungsweise zwei Spiele statt. Ab dem Viertelfinale wird es jeweils nur ein Spiel geben, das um 21 Uhr angepfiffen wird. Weil die Uhren in Frankreich und Deutschland gleich ticken, sind viele fußballbegeisterte Beschäftigte, besonders die in Schichtbetrieben, betroffen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keinen Anspruch auf eine andere Schicht, wenn sie ein Spiel sehen wollen. Der Betriebsrat kann mit der Geschäftsleitung die Arbeitszeiten fußballfreundlich ändern oder sie an einzelnen Tagen anders verteilen. Auch betriebsübliche Tauschbörsen sind beliebt. Dort können Fußballfans ihre Schicht mit Kollegen tauschen, die sich nicht für die EM interessieren. Grundsätzlich gilt, dass Beschäftigte ohne Einwilligung des Arbeitgebers weiterhin pünktlich zur Arbeit kommen müssen und den Arbeitsplatz nicht früher verlassen dürfen. Auch die Pausen zu verlängern und die Zeit nachzuarbeiten, ist nur erlaubt, wenn der Arbeitgeber zustimmt oder es betriebliche Vereinbarungen hierzu gibt.

Die meisten Beschäftigten haben bei der Arbeit keine Erlaubnis und Gelegenheit, fernzusehen. Vielleicht macht der Arbeitgeber zur EM eine Ausnahme – er muss aber nicht. Nur wer üblicherweise einen Fernseher am Arbeitsplatz stehen hat, kann davon ausgehen, dass er auch während der Arbeitszeit nebenher beim Fußball reinschauen darf.

Radiohören erlaubt Das Bundesarbeitsgericht hat bereits 1986 entschieden, dass Beschäftigte ihre Arbeitspflicht auch beim Radiohören ordnungsgemäß erfüllen können, wenn sie konzentriert, zügig und fehlerfrei arbeiten und andere Kollegen durch das Radio nicht gestört werden. Etwas anderes kann bei Beschäftigten mit Kundenkontakt gelten. Weil das Radiohören mit den vorgenannten Einschränkungen die Ordnung des Betriebs betrifft, sind Verbote mitbestimmungspflichtig.

Gleiches gilt auch für das Sehen und Hören via Internet am dienstlichen Computer. Beschäftigte sollten unbedingt darauf achten, welche Regelung zur privaten Internetnutzung im Betrieb besteht. Das gilt auch für internetfähige Mobiltelefone. Und selbst wenn die private Nutzung des Internets grundsätzlich erlaubt ist, umfasst diese Erlaubnis nicht eine exzessive private Nutzung während der Arbeitszeit.

Fair bleiben Ist es erlaubt, Spiele im Betrieb zu schauen, sollten sich Beschäftigte bei den parallel stattfindenden Begegnungen einig sein, welche Mannschaft sie schauen wollen. Gibt es keine eindeutige Mehrheit, sollte man fair bleiben und in diesem Fall am besten ausloten, welche Partie geschaut wird.

Alkohol besser meiden Ob beim Fußballgucken im Betrieb in Maßen Alkohol getrunken werden darf, hängt von den betrieblichen Gegebenheiten ab. Ein generelles Verbot ist in der Regel nur mit Zustimmung des Betriebsrats möglich.

Wer allerdings alkoholisiert im Betrieb erscheint und deshalb seine normale Arbeit nicht erledigen kann, Menschen gefährdet oder Betriebsmittel beschädigt, muss mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Alles was Recht ist



›Ferienbeschäftigte

Was bei Schüler und Studis in der Sozialversicherung gilt

In der Ferienzeit bessern viele Schüler und Studierende ihre Finanzen auf. Ob Schüler und Studierende für eine Beschäftigung bei den Sozialversicherungsträgern anzumelden und für sie Beiträge abzuführen sind, hängt von verschiedenen Faktoren ab.

Schüler und Studis, die als Minijobber tätig sind und bis 450 Euro im Monat verdienen, sind immer rentenversicherungspflichtig. Weil der Arbeitgeber einen Pauschalbeitrag von 15 Prozent einzahlt, muss der Minijobber lediglich die Differenz von zurzeit 3,7 Prozent zum allgemeinen Beitragssatz ausgleichen. Eine Befreiung ist aber auf Antrag möglich.

Bei einer kurzfristigen Beschäftigung können Schüler grundsätzlich während eines Ferienjobs unbegrenzt verdienen, ohne sozialversicherungspflichtig zu werden. Eine kurzfristige Beschäftigung liegt vor, wenn die Tätigkeit entweder vertraglich im Voraus auf längstens drei Monate oder insgesamt 70 Arbeitstage im Kalenderjahr begrenzt ist oder nach der Art der Tätigkeit anzunehmen ist, dass sie diesen Zeitraum nicht übersteigen wird. Wird die Grenze der kurzfristigen Beschäftigung überschritten, sind Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung abzuführen. In der Arbeitslosenversicherung sind Schüler generell versicherungsfrei. Schüler, die nach dem Ferienjob nahtlos eine Berufsausbildung beginnen, sind bereits während des Ferienjobs versicherungspflichtig. Dies gilt nicht für diejenigen, die nach dem Ferienjob eine Schulausbildung oder ein Studium anfangen.

Wer an einer Universität oder Hochschule eingeschrieben ist und in den Semesterferien bis zu drei Monate oder 70 Arbeitstage im Jahr arbeitet, ist nicht versicherungspflichtig. Auch der Arbeitgeber muss keine Pauschalabgaben zahlen. Dauert der Aushilfsjob länger als drei Monate, sind Studierende rentenversicherungspflichtig. Arbeitgeber und Studis zahlen die Beiträge je zur Hälfte. In der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sind Studis nicht versicherungspflichtig.

Aufpassen müssen Studierende, die in der gesetzlichen Krankenkasse familienversichert sind. Ihr Gesamteinkommen darf 2016 monatlich nicht höher als 415 Euro, bei Minijobbern maximal 450 Euro, sein, damit sie familienversichert bleiben.

Achtung BAföG Wer BAföG bezieht, kann 255 Euro netto im Monat anrechnungsfrei dazuverdienen. Durch die Sozialabgaben und die Werbungskosten von 1000 Euro pro Jahr ergibt sich ein monatlicher Bruttobetrag von etwa 406 Euro. Ab 1. August 2016 steigt der Freibetrag auf 290 Euro netto im Monat (etwa 450 Euro brutto).

Antonela.Pelivan@igmetall.de



›KINDERGELD

Meldet sich ein Kind »arbeitslos«, gilt es als »arbeitsuchend«

Melden sich volljährige, aber noch unter 21 Jahre alte Kinder bei der Arbeitsagentur »arbeitslos«, muss die Familienkasse weiter Kindergeld zahlen. Es ist nicht erforderlich, dass sich die Kinder ausdrücklich auch als »arbeitsuchend« registrieren lassen. Der Bundesfinanzhof entschied, wer seine Arbeitslosigkeit anzeige, erkläre damit automatisch, dass er für Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagentur zur Verfügung steht. Der Nachweis, dass tatsächlich eine Arbeit gesucht werde, sei für den Kindergeldanspruch nicht erforderlich.

► **Bundesfinanzhof vom
18. Februar 2016 – V R 22/15**



›ELTERNZEIT

Antrag schriftlich stellen und eigenhändig unterschreiben

Wer Elternzeit bis zum dritten Lebensjahr des Kindes beanspruchen will, muss sie nach Paragraph 16 Absatz 1 Bundeselternzeit- und Elternzeitgesetz spätestens sieben Wochen vor Beginn schriftlich vom Arbeitgeber verlangen und erklären, für welche Zeiten sie innerhalb von zwei Jahren genommen wird. Einer Zustimmung des Arbeitgebers bedarf es nicht. Das Verlangen erfordert die strenge Schriftform. Das Bundesarbeitsgericht entschied, dass ein Antrag daher vom Beschäftigten eigenhändig unterzeichnet sein muss. Ein Telefax oder eine E-Mail wahrt die vorgeschriebene Schriftform nicht, sodass die Elternzeit nicht wirksam verlangt wurde und kein besonderer Kündigungsschutz besteht.

► **Bundesarbeitsgericht vom
10. Mai 2016 – 9 AZR 145/15**



›GESETZLICHE KRANKENKASSE

Anträge müssen spätestens nach drei Wochen entschieden sein

Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass ein Kassenmitglied grundsätzlich ein Recht darauf hat, dass innerhalb von drei Wochen über einen Leistungsantrag entschieden wird. In Ausnahmen könne sich diese Frist auf sechs Wochen verlängern, wenn ein Gutachten eingeholt werden muss – hierüber ist der Versicherte aber zu informieren. Da diese Information im konkreten Fall unterblieben ist, muss die Kasse die Kosten erstatten. Das Schweigen der Kasse über einen derart langen Zeitraum führt nach Paragraph 13 Absatz 3a Sozialgesetzbuch V zur Zahlungsverpflichtung, denn der Kläger durfte die begehrte Therapie aufgrund der Einschätzung seiner Therapeutin für erforderlich halten.

► **Bundessozialgericht vom
8. März 2016 – B 1 KR 25/15 R**



›RENTENVERSICHERUNG

Rententräger muss höhenverstellbaren Tisch zahlen

Das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz hat entschieden, dass der Rentenversicherungsträger verpflichtet ist, die Kosten für einen höhenverstellbaren Schreibtisch zu übernehmen, wenn besondere in der Person des Versicherten liegende Umstände dies erfordern. Geklagt hatte ein Mann, dem der Betriebsarzt bestätigte, dass alle Wirbelsäulenabschnitte degenerativ verändert sind, und dessen Arbeitgeber sich nicht an den Kosten beteiligen wollte.

► **Landessozialgericht Rheinland-Pfalz
vom 2. März 2016 – L 6 R 504/14**

Sommercamp für Schwule

DGB-Jugend in Baden-Württemberg und Verdi veranstalten vom 29. August bis 4. September 2016 in Markelfingen am Bodensee ein Sommercamp für junge Schwule. Auf dem Programm stehen Zeitungs-, Foto- und Video- oder Kreativworkshops sowie Informationsveranstaltungen zu den Themen Gesundheit, Jugend und Alter, Coming-out oder Lebenspartnerschaften. Aber auch eigene Themen der Teilnehmer sind gefragt. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Das Angebot richtet sich an junge Schwule bis 27 Jahre. Die Woche kostet 170 Euro für Gewerkschaftsmitglieder. Nichtmitglieder zahlen 220 Euro.

► [schwulesommerncamp.info](#)

Tipps für ältere Erwerbslose

Für ältere Erwerbslose, die sich vor dem Übergang in die Rente befinden, gibt es einige besondere Regelungen und Programme, von denen sie profitieren können. Sie müssen aber auch Fallstricke beachten. Die IG Metall-Broschüre »Arbeitslos vor der Rente – Infos und Tipps für ältere Arbeitslose« informiert über Leistungsansprüche, enthält Hinweise zu einigen Maßnahmen, die gezielt Älteren den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Zudem dient sie Betroffenen als Entscheidungshilfe. PDF zum Herunterladen unter:

► [igmetall.de](#)
→ Suche: Infos und
Tipps für ältere
Arbeitslose

Arbeitsmedizin

Vorsorge nach dem Arbeitsleben

Gesundheit Wer arbeitsbedingt mit Gefahrstoffen zu tun hatte, dem steht unter gewissen Voraussetzungen auch nach dem Ausscheiden aus dem Beruf medizinische Betreuung zu: die sogenannte nachgehende Vorsorge.

Beschäftigten, die arbeitsbedingt mit krebserregenden oder erbgutverändernden Stoffen, mit Blei oder Hochtemperaturwollen zu tun hatten, steht auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis medizinische Betreuung zu: die sogenannte nachgehende arbeitsmedizinische Vorsorge.

Diese nachgehende Vorsorge ist wichtig, weil zwischen dem Arbeiten mit einem Gefahrstoff und dem Auftreten gesundheitlicher Probleme häufig viele Jahre liegen können. Das gilt etwa für Beschäftigte, die in ihrer Arbeit mit Asbest in Berührung gekommen sind. Seit mittlerweile mehr als 20 Jahren ist dieser gefährliche, krebserzeugende Stoff verboten, doch noch immer fordert er zahlreiche Opfer. Das liegt daran, dass es bei Asbest oft 30, 40, teilweise sogar 50 Jahre dauern kann, bis eine Erkrankung ausbricht. Nachgehende Vorsorge soll helfen, Erkrankungen frühzeitig zu diagnostizieren, und sicherzustellen, dass der ursächliche Zusammenhang mit der früheren Tätigkeit im Sichtfeld bleibt. Dies hilft Betroffenen, wenn es um die Anerkennung als Berufskrankheit geht.

Alle nachgehenden Untersuchungen sind eine spezielle Art der arbeitsmedizi-



nischen Vorsorge. Solche arbeitsmedizinische Vorsorge, die nicht nur dem Behandeln dient, sondern vor allem dazu beitragen soll, Erkrankungen zu verhindern, ist neben einer umfassenden Gefährdungsanalyse des jeweiligen Arbeitsplatzes für Arbeitgeber Pflicht. Sie findet prinzipiell im geschützten Raum und unter dem Siegel der Verschwiegenheit des Arztes statt – und sie ist bitter nötig.

Noch immer kommen Tag für Tag Beschäftigte bei der Ausführung gewisser Arbeiten mit Gefahrstoffen in Berührung. Die Palette reicht dabei von giftigen Stäuben, Fasern, Rauchen, Dämpfen bis hin zu Chemikalien wie Säuren, Laugen oder Lösemitteln. Auch das Spektrum möglicher Gesundheitsschäden ist breit. Es umfasst Erkrankungen von Haut und Atemwegen genauso wie Nerven- und Organschäden und geht bis hin zu Krebserkrankungen.

In der Gefahrstoffverordnung ist deshalb geregelt, dass der Arbeitgeber im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung feststellen muss, ob Beschäftigte Gefahrstoffen ausgesetzt sind. Kann dies nicht ausgeschlossen werden, muss im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung ermittelt werden, ob eine Gefährdung für die Gesundheit der Beschäftigten vorliegt. Gegebenenfalls sind dann Maßnahmen zur

Minderung durchzuführen. Darüber hinaus hat der Arbeitgeber eine angemessene arbeitsmedizinische Vorsorge zu treffen. Dies umfasst regelmäßige Pflicht- oder Angebotsvorsorge.

Kostenfreie Untersuchung Im Falle von Asbest bieten die gesetzlichen Unfallversicherungen Betroffenen auch nach dem Ausscheiden aus dem Beruf nachgehende Vorsorge an. Sofern die Betroffenen es wünschen, wird ihnen vom »Dienstleister Gesundheitsvorsorge« (GVS) im Auftrag des zuständigen gesetzlichen Unfallversicherungsträgers kostenfrei nachgehende Vorsorge angeboten und von beauftragten Ärzten wohnortnah durchgeführt. Für alle anderen Arten von krebserregenden Gefahrstoffen organisiert der Organisationsdienst für nachgehende Untersuchungen (ODIN) Untersuchungen.

Über den zuständigen Unfallversicherungsträger können Beschäftigte vom Arbeitgeber bei ODIN angemeldet werden. Diese müssen die Vorsorge während einer Tätigkeit mit krebserzeugenden Gefahrstoffen selbst durchführen oder anbieten. Die Anmeldung bei ODIN ist deshalb bereits zu Beginn der Tätigkeit des Beschäftigten sinnvoll. Spätestens nach dem Ausscheiden aus dem Unternehmen ist eine weitere Meldung abzugeben, in dem das Ende des Beschäftigungsverhältnisses vermerkt ist, die Dauer der Arbeit mit dem Gefahrstoff, das Datum der letzten arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchung und der Name des Arztes, der diese durchführte. Betroffene können nun Untersuchungen nutzen, ohne dass ihnen oder ihrer Krankenkasse Kosten entstehen.

Jan.Chaberny@igmetall.de



Dienstleistungseinrichtungen

Der Organisationsdienst für nachgehende Untersuchungen (ODIN) ist eine Einrichtung der Unfallversicherungsträger. Durch ODIN die Unfallversicherungsträger gewährleisten, dass nach dem Ausscheiden aus einer Tätigkeit mit krebserregenden beziehungsweise erbgutverändernden Stoffen und Zubereitungen nachgehende Untersuchungen angeboten werden.

Für Betroffene, die mit Asbest gearbeitet haben, ist der »Dienstleister Gesundheitsvorsorge« (GVS) als zentrale Dienstleistungseinrichtung zuständig.

📞 odin-info.de

📞 gvs.bgetem.de



Foto: Jean-Paul CHASSENET/Photographie/fotolia

Kein Stress mit Einkommensteuererklärungen? Die Zeiten sind für Rentnerinnen und Rentner vorbei.

Warum Rentner Steuern zahlen

Steuern Am 1. Juli steigen die Renten. Etliche Rentner müssen dann erstmals Steuern auf ihre Altersbezüge zahlen.

Seit 2005 müssen auf einen Teil der Renten Steuern gezahlt werden. Der zu versteuernde Teil steigt schrittweise. Ab 2040 müssen Renten voll versteuert werden. Im Gegenzug werden die Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Rentenversicherung schrittweise als Vorsorgeaufwendungen steuerfrei. Ob Rentner aber tatsächlich etwas ans Finanzamt abführen müssen und wenn ja, wie viel, hängt davon ab, wie hoch ihre Rente ist, wann sie in Rente gegangen sind und welche sonstigen steuerpflichtigen Einnahmen sie haben.

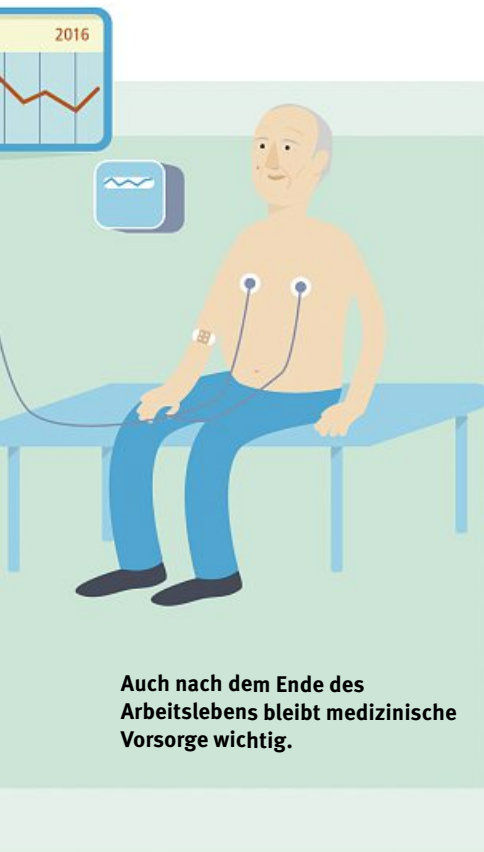
Wer 2005 oder früher in den Ruhestand gewechselt ist, muss 50 Prozent der Rente versteuern. Der Anteil steigt jedes Jahr um zwei Prozentpunkte, bis auf 100 Prozent im Jahr 2040. Wer dieses Jahr ausscheidet, zahlt auf 72 Prozent der Rente Steuern. Grundsätzlich muss jeder, dessen zu versteuerndes Einkommen den jährlichen Grundfreibetrag von 8652 Euro überschreitet, eine Einkommensteuererklärung abgeben.

Zum Einkommen, das versteuert werden muss, gehören auch Mieteinnahmen, Zinsen, Lohn für Nebenjobs und Betriebsrenten, wenn die Beiträge für sie steuerfrei eingezahlt wurden. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen können abgezogen werden.

Der Teil, der bis 2040 noch nicht versteuert werden muss, wird einmal, beim Rentenbeginn, als Eurobetrag errechnet und bleibt für die gesamte Rentenzeit als gleichbleibender Freibetrag bestehen. Weil die Renten ab 1. Juli dieses Jahres im Westen um 4,25 Prozent und im Osten um 5,95 Prozent steigen, werden laut Bundesfinanzministerium rund 160 000 Rentner über die Freibetragsgrenze rutschen und erstmalig Steuern zahlen müssen.

📞 deutsche-rentenversicherung.de

➔ Suche: Rentenbesteuerung



Auch nach dem Ende des Arbeitslebens bleibt medizinische Vorsorge wichtig.

Illustration: Stephanie Brittnacher

Deine Rechte in der Berufsschule

Wer eine betriebliche Ausbildung macht, muss regelmäßig die Berufsschule besuchen – und dafür vom Arbeitgeber bezahlt freigestellt werden. Der Besuch ist in der Regel für alle Azubis verpflichtend. In Ausnahmefällen kann der Klassenlehrer Schüler bis zu zwei Tage im Jahr vom Unterricht befreien. Mehr über Rechte und Pflichten in der Berufsschule gibt es hier:

► igmetall.de/berufsschule

Weiterbildung finanzieren

Wer eine Fort- oder Weiterbildung macht, kann dazu öffentliche Fördergelder beantragen. EU, Bund und Länder bieten Förderprogramme an, mit denen Beschäftigte Kurskosten und ihren Lebensunterhalt finanzieren können: etwa Erasmus+, Aufstiegs- oder Meister-BAföG, WeGebAU oder Weiterbildungsprämie. Mehr im Überblick:

► wap.igmetall.de
→ Weiterbildung
→ Finanzierung & Förderung

Studienabbruch kein Beinbruch

Fast die Hälfte der Studierenden bricht das Studium ab. Aber: Studienabbrecher sind als Auszubildende bei Arbeitgebern willkommen. Das zeigt eine Umfrage des Bundesinstituts für Berufsbildung bei 570 Betrieben. Allerdings: Eine Extrabehandlung für Abbrecher wie eine Befreiung von der Berufsschule lehnen die Unternehmen ab.

Foto: Karin & Uwe Annas/Fotolia



Geht noch: Ausbildungsplatz

Ausbildung Wer jetzt noch eine Ausbildungsstelle ab Sommer sucht, hat noch eine Chance, vor allem bei weniger großen Betrieben und auf dem Land. Die Arbeitsagentur hilft ebenso wie die IG Metall. Eine weitere Chance bieten Ausbildungsmessen.

Es gibt noch Ausbildungsplätze ab Sommer. Selbst bei einigen großen Industriebetrieben. Wer sich jetzt bewirbt, findet noch etwas.



Gut die Hälfte der Ausbildungsstellen war laut Statistik Ende April noch frei. Insbesondere in Gaststätten und im Einzelhandel. Aber auch in der Industrie und in den Metallberufen gibt es noch Ausbildungsplätze.

Bei vielen großen Industrieunternehmen ist die Bewerbungsfrist bereits abgelaufen. Doch anders als in früheren Jahren gibt es noch Ausbildungsplätze für Mechatroniker, Elektroniker und andere Metall- und Elektroberufe bei namhaften Arbeitgebern wie Siemens, Bosch und Continental. Besonders lohnt es sich, sich bei weniger großen Unternehmen in ländlichen Gebieten

zu bewerben. Viele bieten eine hochwertige Ausbildung zu guten tariflichen Bedingungen. Und weil die Bewerberzahlen in den letzten Jahren gesunken sind, nehmen viele Betriebe auch Bewerber mit Real- oder Hauptschulabschluss.

Eine gute Ausbildung dauert mindestens drei Jahre. Ein guter Ausbildungsbetrieb hat spezielle Ausbilder, die sich um die Azubis kümmern. Er hält sich an Gesetze und offizielle Ausbildungsrahmenpläne, statt Azubis als Hilfskräfte zu missbrauchen. Er hat einen Betriebsrat und eine Jugend- und Auszubildendenvertretung. Und einen

Tarifvertrag, der gute Ausbildungsvergütungen garantiert. Mit IG Metall-Tarifvertrag gibt es bis zu 1000 Euro im Monat oder mehr – und sogar die Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung. Wenn Du also die Wahl hast: Frag Deine IG Metall vor Ort. Sie kennt die guten Ausbildungsbetriebe in der Region.

Arbeitsagentur berät Wenn Du nichts findest oder keine Idee hast: Die Arbeitsagentur vor Ort berät und vermittelt Ausbildungsstellen. Frage nach einem Beratungstermin per E-Mail und schreibe direkt dazu, was Deine Vorlieben sind, welchen

Fortbildung gleichwertig mit Studium

Eine berufliche Fortbildung zum Betriebswirt ist jetzt genauso viel wert wie ein Masterstudium. Beide werden auf Niveau 7 des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) eingestuft. Das vereinbarten die Gewerkschaften mit der Hochschulrektorenkonferenz, die lange dagegen war. Der DQR soll als Teil des Europäischen Qualifikationsrahmens Bildungsabschlüsse europaweit vergleichbar machen.

Bereits in den Jahren zuvor haben die Gewerkschaften erreicht, dass die Fortbildung zum Meister, Techniker und Fachwirt dem Bachelorstudium auf DQR-Stufe 6 gleichgestellt wird – und die Berufsausbildung dem Abitur auf Stufe 4. Damit haben sich die Gewerkschaften gegen den jahrelangen Widerstand von Schul- und Hochschulvertretern durchgesetzt: Berufliche Bildung ist genauso viel wert wie akademische Bildung.



Foto: auremar/Photolia

In Teilzeit einen Beruf erlernen

Wer Kinder hat oder einen Angehörigen pflegt, kann eine Ausbildung auch in Teilzeit absolvieren. Diese Möglichkeit ist vor allem für junge Eltern gedacht. Sie soll ihnen helfen, Zeit für ihre Kinder zu haben und gleichzeitig einen Beruf zu erlernen.

Bei der Gestaltung der Zeiten haben Betriebe viele Spielräume. Meist dauert die Ausbildung sechs Stunden täglich. Der Berufsschulunterricht kann nicht verkürzt werden. Beträgt die Ausbildungszeit einschließlich Berufsschule mindestens 25 Stunden pro Woche, muss die Ausbildung nicht über die üblichen drei- bis dreieinhalb Jahre hinausgehen. Ist die Wochenarbeitszeit kürzer, verlängert sich die Ausbildung maximal um ein Jahr. Die Vergütung können die Betriebe anteilig kürzen.

Aber es gibt verschiedene Unterstützungsleistungen, zum Beispiel die Berufsausbildungsbeihilfe, Eltern-, Kinder- und Wohngeld sowie anderes mehr. Was geht, hängt von der Lebenssituation ab. Beratung gibt es bei den Arbeitsagenturen.

Ausführliche Informationen findet Ihr unter:

👉 jobstarter.de/ausbildung-in-teilzeit



Foto: Piotr Strykowski/PantherMedia

Ausbildung geht auch mit Kind. Wie, erfährt man bei den Arbeitsagenturen.

Schulabschluss Du hast und welche Praktika Du bereits absolviert hast. Du kannst auch zunächst zum Berufsinformationszentrum (BIZ) der Arbeitsagentur gehen, um Dich zu Ausbildungsberufen beraten zu lassen – auch ohne Termin.

Für Bewerber mit Problemen in der Schule, in der Familie oder mit der deutschen Sprache gibt es die »Assistierte Ausbildung«. Spezielle Betreuer helfen Dir, eine Stelle zu finden, und unterstützen Dich auch weiter während der Ausbildung, etwa mit Nachhilfe. Sprich die Berater bei der Arbeitsagentur oder beim BIZ darauf an.

Datenbanken und Messen In Onlinedatenbanken wie der Jobbörse der Arbeitsagentur oder aubi-plus.de findest Du Tausende Ausbildungsstellen nach Region und Beruf. Eine weitere gute Möglichkeit sind Ausbildungsmessen und -börsen. Dort werben Unternehmen um künftige Azubis. Denn die Zeiten, in denen Betriebe unter Hunderten Bewerbern wählen konnten, sind vorbei.

Falls es bis zum Ausbildungsstart im September nicht klappen sollte: nicht aufgeben. Die Arbeitsagentur startet noch einmal eine Nachvermittlung für Nachzügler.

Dirk.Erb@igmetall.de



Mehr Wissen

Infos und Filme zu Ausbildungsberufen:

- 👉 planet-beruf.de
Ausbildungsstellen und -messen
- 👉 jobboerse.arbeitsagentur.de
Ausbildungsmessen findest Du hier:
- 👉 messen.de
Kontakt zu Deiner IG Metall vor Ort:
- 👉 igmetall.de/vor-ort

Bekomme ich das, was ich verdiene?

In welchen Berufen werden in den einzelnen Regionen oder im Bundesdurchschnitt welche Löhne und Gehälter gezahlt? Wer vor der Entscheidung für einen Ausbildungsberuf oder eine Weiterbildung steht oder sich um eine Stelle bewirbt, will wissen, wie die Verdienstaussichten sind. Orientierung bieten zwei Onlineportale.

Das WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung bietet einen Lohn-

spiegel mit aktuellen Angaben über die durchschnittlichen Monatseinkommen in mehr als 380 Berufen an:

- 👉 lohnspiegel.de
Eine Übersicht über mittlere Monatsverdienste Vollzeitbeschäftigter in fast allen Berufen enthält der Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit, untergliedert nach Bundesland, Geschlecht und Alter:
- 👉 entgeltatlas.arbeitsagentur.de

Ingenieur- und Informatikstudium

Praktika sind für Studierende die zentrale Schnittstelle zwischen Studium und Arbeitswelt. Die IG Metall-Broschüre »Praktika im Ingenieur- und Informatikstudium« gibt Tipps rund um das Praktikum und beantwortet Fragen zum arbeitsrechtlichen Status von Studierenden.

- 👉 igmetall.de
→ Suche: **Praktika im Ingenieur- und Informatikstudium**

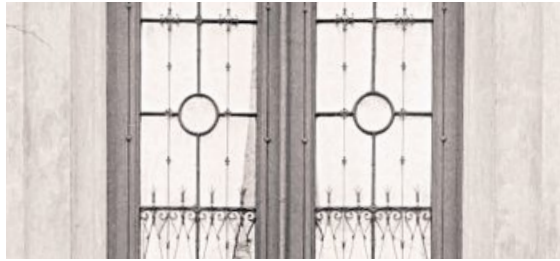


Die Preise im Juni

Erster Preis:
eine IG Metall-
Laptoptasche

Zweiter Preis:
ein IG Metall-
Fußball

Dritter Preis:
ein sechsteiliges
Werkzeugset (mini)



Rätsel

Die Bildausschnitte gehören zu Fotos, die Ihr in dieser Ausgabe der metallzeitung findet. Die Lösung ergibt sich aus der Summe der Seitenzahlen, auf denen die Bilder zu finden sind.



Einsenden

Bitte die Lösung bis **24. Juni 2016** unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an:
Redaktion
metallzeitung,
Preisrätsel, 60244
Frankfurt am Main.
Oder per E-Mail an:

▶ raetsel@igmetall.de

► FÜR MITGLIEDER IM INTERNET



Fußball-Europameisterschaft 2016: Mit dem IG Metall-EM-Planer kein Spiel verpassen und den Überblick behalten. Mehr unter:

▶ igmetall.de/em-planer

► Besser mit Tarif



In der Metall-Tarifrunde 2016 ging es auch darum, die Tarifbindung zu stärken. Das ist gelungen. Eine interaktive Landkarte zeigt wo:

▶ igmetall.de/tarifbindung

► DEINE GESCHÄFTSSTELLE



Hier findest Du Deine IG Metall-Geschäftsstelle:

▶ igmetall.de/vor-ort

► HIER WIRST DU MITGLIED



Hier kannst Du Mitglied werden:

▶ igmetall.de/beitreten

► LESERTELEFON

0800 446 38 25

Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069 66 93-20 02
▶ metallzeitung@igmetall.de

► LESERBRIEFE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

► IMPRESSUM

Herausgeber:

Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Anschrift:

Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin:

Susanne Rohmund
(verantwortl. i. S. d. P.)

Chefredakteurin:

Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst:

Fabienne Melzer

Redaktion:

Jan Chaberny,
Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan

Gestaltung:

Guðrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:

Michael Schinke

Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

▶ igmetall.de/metallzeitung

Angebot für Sehbehinderte:

metallzeitung gibt es auch als
Word- oder PDF-Datei:

▶ metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:

Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
▶ vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus
Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt
▶ info@zweiplus.de

Druck und Versand:

apm AG, Darmstadt



Papier:

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.